

**DER FALL DER BERLINER MAUER:
DIE DEUTSCHE REVOLUTION
UND DIE FOLGENDEN ZWEI JAHRZEHNTE**

DOKUMENTATION AUSGEWÄHLTER VORTRÄGE EINER
INTERNATIONALEN KONFERENZ

21.-22. JANUAR 2009, UNIVERSITÄT HAIFA

**Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung,
Jerusalem, Israel**

**DER FALL DER BERLINER MAUER:
DIE DEUTSCHE REVOLUTION
UND DIE FOLGENDEN ZWEI JAHRZEHNTE**



Konrad
Adenauer
Stiftung

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung, Jerusalem, Israel

Konrad-Adenauer-Stiftung

6 Lloyd George Street

P.O.Box 8348

Jerusalem 91082

Israel

www.kas.de/israel

office@kasisrael.org

Druck: "Old City Press", Jerusalem

INHALT

5 **EINLEITUNG**

Lars Hänsel

9 **DER LANGE WEG ZUR SELBSTBEFREIUNG
UND DIE FRIEDLICHE REVOLUTION 1989**

Rainer Eppelmann

26 **JUDEN IN DER DDR**

Vera Lengsfeld

37 **ANTISEMITISMUS UND ISRAELFEINDSCHAFT
IN DER DDR**

Konrad Weiß

60 **DIE LINKE UND ISRAEL**

Viola Neu

76 **LESEN UND BESPRECHEN VERBOTENER
LITERATUR: DER ARBEITSKREIS LITERATUR
IN GERA-LUSAN UND DAS NETZWERK
JÜDISCHER GEMEINDEN IN OST UND WEST**

Karsten Dümmel

EINLEITUNG

Lars Hänsel

Die Beschäftigung mit der Friedlichen Revolution ist nicht selten vor allem auf den Fall der Mauer in Berlin im November 1989 fixiert. Das war auch sicher das zentrale Ereignis, damit war letztlich auch das Ende der Macht der SED endgültig abzusehen und damit auch die „Revolution“ wirklich erfolgreich. Manche stellen ja den Begriff „Revolution“ in Frage, aber angesichts des Machtwechsels muss man m. E. von einer Revolution sprechen.

Dieses Datum des Mauerfalls, der 9.11.1989, steht aber symbolisch auch für eine Entwicklung, die bereits viel früher, vor allem in den 80er Jahren begonnen hatte. Viele mutige DDR-Bürger hatten schon in den 80er Jahren den Boden bereitet mit Protesten und vielfältigem Widerstand gegen die DDR-Diktatur. Auch im Jahr 1989 gab es wichtige Ereignisse, welche dem Fall der Mauer vorangingen. Wir werden im Laufe der Konferenz mehr davon hören, hier möchte ich nur folgendes erwähnen:

Vor ziemlich genau 20 Jahren, am 15. Januar 1989 fand in Leipzig die erste, nicht genehmigte Demonstration mit ca. 500 Teilnehmern statt, die öffentlich für Meinungsfreiheit demonstrierten - die Polizei verhaftete damals 53 Menschen. Diese Ereignisse lösten landesweit Proteste aus und eine Welle weiterer öffentlicher Aktionen. Erinnern möchte ich hier auch an die immer größer werdenden Montagsdemonstrationen in Leipzig, die am 9. Oktober 1989 einen Höhepunkt erreichten.

Damals hatte sich auch entschieden, ob die Revolution am Ende friedlich verlaufen würde. Ich hatte damals Theologie in Leipzig studiert und kann mich noch an die Spannung erinnern, die an diesem Tag herrschte, niemand wusste, ob nicht Armee und Polizei Gewalt anwenden würden.

Wir haben zusammen mit der Universität Haifa eine Konferenz zum Thema „Zwanzig Jahre Friedliche Revolution“ im Januar 2009 durchgeführt. Diese Konferenz hatten wir auch deshalb an den Anfang des Jahres 2009 gelegt, um nicht zuletzt darauf aufmerksam zu machen, dass es viele Ereignisse und Entwicklungen auch schon vor dem 9. November 1989 gab, die zum Mauerfall und dann später auch zur Einheit Deutschlands geführt haben.

Sicher gab es viele Faktoren, die mit zum Mauerfall beigetragen haben, auch außerhalb der DDR, etwa die

Veränderungen in der Sowjetunion mit Glasnost und Perestroika und schließlich die Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten.

Es waren aber vor allem die Menschen in der DDR, welche mit der friedlichen Revolution die Freiheit erstritten und die Voraussetzung für die Einheit Deutschlands schufen. Diese Tradition, nämlich die des mutigen Einsatzes für Freiheit und Demokratie, ist eine der wichtigsten Grundlagen auch für das wiedervereinigte Deutschland.

Ich freue mich deshalb, dass wir hier auf der Konferenz Menschen wie Rainer Eppelmann als Zeitzeugen dieser friedlichen Revolution erleben können, die uns von den letzten Jahren und Monaten der DDR berichten – einer Zeit, die sie erlebt und nicht selten auch unter Beobachtung der Stasi erlitten haben. Sie sind aber nicht nur Zeugen dieser Zeit, sondern haben maßgeblich an den Veränderungen mitgewirkt.

Ich darf hier anschließen, dass es für mich persönlich auch eine besondere Ehre war, diese Konferenz mit zu organisieren. Ich habe 22 Jahre in der DDR gelebt, habe damals als Christ Unrecht und Diskriminierung in diesem Staat erfahren und bin deshalb besonders dankbar für die Freiheit, die ich heute genießen kann. Dass ich einmal für die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeiten werde, - die sich

weltweit für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzt, - die Konrad-Adenauer-Stiftung, die der CDU nahe steht, an deren Spitze eine ostdeutsche Politikerin steht und heute auch Bundeskanzlerin ist, das war noch vor 20 Jahren völlig undenkbar.

Die DDR war ein Staat der sich auch mit der deutschen Nazi-Vergangenheit nicht auseinandersetzte, Wiedergutmachung stets ablehnte und der auch Israel nie anerkannte. Umso mehr sehe ich es persönlich heute als eine besondere Verpflichtung, mich für gute Beziehungen zwischen Deutschland und Israel einzusetzen.

Der vorliegenden Publikation, welche einige Konferenzbeiträge mit besonderem Bezug zu Israel wiedergibt, wünsche ich viele interessierte Leser.

DER LANGE WEG ZUR SELBSTBEFREIUNG UND DIE FRIEDLICHE REVOLUTION 1989

Rainer Eppelmann



Ich bin heute von Ihnen eingeladen worden, um einen Vortrag über die Friedliche Revolution von 1989 und ihren dramatischen Höhepunkt, den Mauerfall am 9. November zu halten. Ich möchte dabei einen besonderen Ansatz verfolgen der Sie vielleicht überraschen wird, da er uns zunächst noch viel weiter in die Vergangenheit führen wird. Denn wer uns Ostdeutsche und unsere Revolution von 1989 verstehen will und selber nie unter der SED-Diktatur leben musste, der muss sich auch mit den *Traumata* befassen, die uns Bürgerinnen und Bürgern der DDR im Laufe von vier langen Jahrzehnten widerfahren sind und die uns zutiefst geprägt haben.

Das erste schwere Trauma liegt nunmehr 55 Jahre in der Vergangenheit: Ich spreche von den tragischen Ereignissen des 17. Juni 1953, dem Tag des Volksaufstandes in der DDR. Blicken wir also zurück: Am Mittag dieses schicksalhaften Tages hatte der Aufstand gegen die kommunistischen Machthaber in der DDR seinen dramatischen Höhepunkt erreicht. Allein im Zentrum Ostberlins hatten sich weit über einhunderttausend Menschen versammelt, um den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen zu fordern. Die Volkspolizei befand sich bereits mehrheitlich auf dem Rückzug, die Demonstranten hatten die rote Sowjet-Fahne vom Brandenburger Tor geholt und drangen nun in zentrale Regierungsstellen ein. Doch in diesem Moment, als die Diktatur der SED de facto schon gestürzt war, griff die sowjetische Besatzungsmacht ein und erteilte ihren Panzern den Einsatzbefehl. Die Demonstranten warfen Pflastersteine gegen die anrollenden Stahlkolosse oder hakten sich unter, um Arm in Arm in geschlossenen Reihen auf sie zuzugehen und sie zu stoppen – ein ungleicher Kampf, dessen Ausgang von Anbeginn feststand. Am Abend war dieser erste Volksaufstand im sowjetischen Machtbereich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blutig niedergeschlagen.

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war ein spontaner Ausbruch des Unmutes der Menschen in der DDR und der Höhepunkt des Widerstands gegen die Errichtung einer

neuen Diktatur. Wie ein Lauffeuer hatte er sich binnen eines Tages in der ganzen DDR ausgebreitet. Denn nicht nur in Berlin wurde demonstriert. Die dortigen Proteste waren vielmehr die Initialzündung für eine Welle des Aufbegehrens in über 700 Städten und Gemeinden der DDR – das ganze Land war in Aufruhr, das ist heute vielen nicht mehr bewusst. Ob in Berlin, Leipzig, Dessau, Chemnitz oder Stralsund – über eine Million Menschen gingen insgesamt auf die Straße, um sich an Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks zu beteiligen.

Eines ist sicher: Wäre das sowjetische Militär an diesem 17. Juni 1953 in den Kasernen geblieben, hätte die SED ihre von Moskau verliehene Herrschaft nicht wieder erlangen können und es wäre schon damals die Revolution in der DDR gelungen – und nicht erst 36 Jahre später. So jedoch kostete die unerbittliche Machtdemonstration nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 50 und 125 Menschen das Leben, weit über tausend trugen zum Teil schwere Verletzungen davon, zehn- bis fünfzehntausend Aufständische wurden verhaftet und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, einige sogar standrechtlich erschossen. Viele der Verurteilten saßen noch bis Anfang der siebziger Jahre in politischer Haft.

Die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 traumatisierte die Bevölkerung der DDR schwer und nachhaltig. Für jene Bürgerinnen und Bürger, die 1953 auf die Barrikaden gegangen waren oder als verunsicherte Zaungäste die brutale Erstickung der Proteste miterlebt hatten, lautete die schockierende Lektion für ihr weiteres Leben, dass die SED-Diktatur gegen den Widerstand der übermächtigen Sowjetunion nicht aus eigener Kraft überwunden werden konnte. Auch diejenigen, die auf eine Intervention der Bundesrepublik oder der Westmächte gehofft hatten, wurden enttäuscht.

Es war schlichtweg entmutigend. Als in der Folgezeit deutlich wurde, dass die DDR dauerhaft in das sowjetische Machtsystem eingegliedert bleiben sollte und die meisten Menschen ihre Hoffnungen auf eine Einigung der einstigen Alliierten in der deutschen Frage verloren, blieb für viele nur noch die Flucht in das demokratische Westdeutschland, um sich den Zumutungen der SED-Diktatur dauerhaft zu entziehen. Hunderttausende entschieden sich für diese Möglichkeit und verließen schweren Herzens ihre Heimat, ließen ihre Verwandten, Freunde und ihren Besitz zurück. Für diejenigen, die trotz allen Zumutungen im Land blieben, war der Verlauf des Aufstandes und sein tragisches Scheitern eine Mahnung, sich in Zukunft entweder ruhig zu verhalten und in die Privatheit des eigenen Lebens zurückzuziehen, oder aber politische

Veränderungen allenfalls auf dem Weg allmählicher Reformen anzustreben.

Der 17. Juni 1953 ging natürlich auch den Westdeutschen unter die Haut, die den blutigen Ereignissen im Osten des Landes nur tatenlos zusehen konnten. Aber nicht nur die breite Bevölkerung, auch die Regierung und Parteien waren zutiefst erschüttert und aufgewühlt. Unter dem Eindruck der Ereignisse in der DDR beschloss der Deutsche Bundestag in Bonn knapp zwei Wochen später, den 17. Juni zum „Tag der Deutschen Einheit“ zu bestimmen. So wurde der Tag des Aufstandes in der DDR zum Nationalfeiertag in der Bundesrepublik.

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 markierte auch für die SED-Führungsclique eine Zäsur. Spätestens jetzt wusste die in ihren Grundfesten erschütterte Staatspartei, dass sie *gegen* das Volk regiert und dass sie in demokratischen Wahlen von ihm hinweggefegt werden würde. Für die Parteiführung sollte das Trauma des Volksaufstands bis zum Untergang ihres Staates im Jahr 1989 fortwirken. Überall und immer wieder argwöhnte das Regime, es könne zu einem neuen „Tag X“ kommen, wie er im Sprachgebrauch der SED-Herrscher genannt wurde. Selbst noch im August 1989, drei Monate vor dem Fall der Mauer, fragte der schon greise Minister für Staatssicherheit Erich Mielke auf einer Dienstbesprechung

im Kreis seiner Obristen und Generale: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Nun, er sollte gewissermaßen Recht behalten.

Die SED-Spitze lernte aus dem 17. Juni 1953 nichts, aber auch gar nichts. Der politische Druck auf die Menschen wurde aufrechterhalten, die sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ungebremst fortgesetzt. Mit dramatischen Folgen: Im Zeitraum zwischen dem Juni 1953 bis zum August 1961 war die Zahl der Flüchtlinge auf über zwei Millionen angestiegen, darunter vor allem viele gut ausgebildete junge Menschen und Intellektuelle. Es war eine so genannte „Abstimmung mit den Füßen“, die sich da vollzog, und der Pegel der Fluchtwelle stieg unaufhaltsam. Die DDR stand vor dem Abgrund.

Sie alle wissen, wie die SED-Führungsclique reagierte. Die Entwicklung mündete im *zweiten großen Trauma* für die Menschen in der DDR: dem Bau der Berliner Mauer. Am 13. August 1961 erklärte die Partei mit Stein und Stacheldraht endgültig ihren politischen Konkurs und gab ihrem System damit eine noch fast 30 Jahre andauernde Gnadenfrist.

Ich kann mich noch genau daran erinnern, wie ich selber den Tag des Mauerbaus erlebte. Ich war gerade mit der Jungen Gemeinde in den Ferien auf Schloss Mansfeld,

einem Freizeitheim der evangelischen Kirche im heutigen Sachsen-Anhalt. Frühmorgens hörten wir im Radio, dass die Grenze zwischen Ost- und Westberlin geschlossen worden war. Nun standen wir, eine Handvoll 17- und 18-jährige Jungs, im Waschraum und sangen übermütig im Kanon: „Berlin ist zu, Berlin ist zu!“ Zu diesem Zeitpunkt hatten wir noch gar nicht begriffen, was da Ungeheuerliches passiert war. Aber das, sollte rasch kommen.

Elf Tage nach der Abriegelung starb der erste Mauerflüchtling im Kugelhagel der Grenzer. Spätestens jetzt wurde auch dem Letzten klar, dass in der Nacht zum 13. August 1961 mehr als 17 Millionen Deutsche hinter der Mauer zu Gefangenen der kommunistischen Diktatur geworden waren. Fast alle Verbindungen wurden gekappt, abertausende Familien gewaltsam getrennt, auch meine eigene.

Die Teilung der Deutschen war in Beton gegossen worden. Bis 1989 sollten rund 1000 Menschen ihren Versuch, dieses unmenschliche Bollwerk zu überwinden, mit dem Leben bezahlen. Ungezählte wurden zu Invaliden geschossen, oder verhaftet und für Jahre in Gefängnisse gesteckt.

Nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes acht Jahre zuvor war mit dem neuen Schicksalsdatum nun das zweite schwere Trauma hinzugekommen, das vor allem wir Ostdeutsche zu erleiden hatten. Mussten wir 1953 erfahren, dass ein offenes Aufbegehren gegen die totalitären Machthaber aussichtslos war, so wurde uns jetzt auch noch ihre letzte Möglichkeit zur Freiheit genommen, nämlich sich der Diktatur durch Flucht zu entziehen. Nun gab es überhaupt keinen Ausweg mehr. Man war dem Regime schutzlos ausgeliefert.

Die Meisten arrangierten sich über die Jahre notgedrungen mit dem totalitären System, um zumindest ein scheinbar normales Leben führen zu können. In der Öffentlichkeit leistete man die von der Partei erwünschten Lippenbekenntnisse und zog sich, wann immer es ging, in seine Privatheit und die versteckten Nischen der Gesellschaft zurück, um vielleicht dort sein Glück zu finden. Ein letzter, wenn auch letztlich unbefriedigender Ausweg aber blieb: die *allabendliche geistige Auswanderung*, die ab Anfang der 60er Jahre immer mehr zunahm. Ich rede über die Überwindung der Grenze inmitten Deutschlands durch *das Westfernsehen*, das im Laufe der Jahre nach dem Mauerbau einen festen Platz im Informationsangebot der Ostdeutschen einnahm und die Propaganda der staatlichen Medien konterkarierte. Der anfänglich aufgeregte Widerstand der SED gegen die nach

Westen ausgerichteten Antennen ihrer Untertanen nahm schon bald die Züge eines Kampfes gegen Windmühlen an.

Geschätzte 85% aller DDR-Bürger, ausgenommen nur die Bewohner der Insel Rügen und des so genannten „Tals der Ahnungslosen“ rund um Dresden, wo die Westprogramme nicht zu empfangen waren, konnten quasi jeden Abend in die Wohnzimmer der Bundesrepublik schauen. Sie sahen, wie die Westdeutschen lebten und welchen Wohlstand sie im Gegensatz zu ihnen erreicht hatten - durch das Fernsehen natürlich oftmals überzeichnet. Über die Jahre hinweg bildete sich somit bei vielen von ihnen das Bild vom „*Goldenen Westen*“ heraus. Nach der Wiedervereinigung 1990 mündete dies fast zwangsläufig in eine gewisse Erwartungshaltung: Warum sollte es den Deutschen in Magdeburg oder Leipzig schließlich schlechter gehen als den Deutschen in Köln oder München? Die Menschen im Osten wollten natürlich so schnell wie möglich genauso gut leben wie die im Westen, wer kann es ihnen verdenken. Der Ausdruck einer gewissen Enttäuschung, als diese Erwartungen zunächst an der Realität scheiterten, und die irritierte Reaktion der Westdeutschen auf unsere ostdeutsche Ungeduld waren die Folgen. Das hat, wie viele von Ihnen sicherlich wissen, zu anfänglich großen Problemen im Zusammenfinden der Deutschen nach 1990 geführt.

Als im Herbst 1989 die Menschen zu hunderttausenden auf die Straße strömten um Freiheit und Demokratie zu fordern, als sich die Oppositionsbewegung der DDR mit den Ausreisewilligen verbündete und das marode System der SED-Diktatur in sich zusammenstürzte, da dienten die Westmedien wiederum als Informationsbrücke, deren Bedeutung nicht genug betont werden kann.

Ein weiterer gewichtiger Faktor bei der Überwindung der Diktatur waren die evangelischen Kirchen, die in der DDR einen gewissen Sonderstatus innehatten. Auch an dieser Stelle möchte ich als ehemaliger Pastor kurz verweilen. Der Berliner Superintendent Ringler hat einmal - wie ich finde ganz treffend - zu mir gesagt: „Die Kirche ist das Loch im Fahrradschlauch der DDR“. Und am Ende der Diktatur, da war der Schlauch eben leer!

Die evangelische Kirche in der DDR bot in den 80er Jahren unterschiedlichsten Gruppen einen sonst nicht vorhandenen Freiraum, in denen der „aufrechte Gang“ erprobt werden konnte. In vielen Kirchgemeinden, oder unter ihrem Dach, entstanden Friedens- und Ökologiearbeitskreise sowie später Gruppen, die sich für Menschenrechte und eine Demokratisierung der eigenen Gesellschaft engagierten – mit anderen Worten: Opposition gegen die SED-Diktatur. Die Menschen, die sich hier tatkräftig für ihre Ziele einsetzten, nahmen dabei ein

erhebliches persönliches Risiko in Kauf; stets drohte Gefahr durch die Staatsmacht und ihre Sicherheitsorgane. Um die Motivation dieser Frauen und Männer ein wenig begreifbar zu machen, die sich selber sagten: „*Ich wage es! Trotz allem!*“, möchte ich an dieser Stelle den großen Václav Havel zitieren:

*Hoffnung
ist nicht die Überzeugung,
dass etwas gut ausgeht,
sondern die Gewissheit,
dass etwas Sinn hat,
egal, wie es ausgeht.*

Vor allem aber *ein* zentraler Verdienst an der Revolution dürfte wohl ohne Zweifel den Kirchen zugerechnet werden, und dieser Punkt ist mir besonders wichtig: Bei den Friedensandachten und Mahnwachen wurde den Menschen die Gewaltlosigkeit mit dem Spruch „Keine Gewalt!“ so nahe gebracht, dass tatsächlich eine „*friedliche Revolution*“ möglich wurde. Die SED-Diktatur sollte schließlich ohne Blutvergießen gestürzt werden – dieses unglaubliche Glück können wir Deutsche heute gar nicht genug betonen!

Zu Hunderttausenden gingen die Menschen in diesem Herbst in Leipzig, Berlin, Dresden und an vielen anderen Orten unter persönlichem Risiko auf die Straße, um für die

Freiheit und bald auch für die Einheit einzutreten. Bei vielen Älteren war der Schrecken des 17. Juni 1953 dabei noch unmittelbar präsent, den Jüngeren war er praktisch „mit der Muttermilch mitgegeben“ worden. Auch die blutige Niederschlagung der Studentenproteste in Peking im Juni `89 ließ Schlimmes befürchten. *Und trotzdem* gingen die Menschen auf die Straße, und es wurden immer mehr. Dieses Mal griff die Sowjetunion nicht mehr ein, um die Herrschaft der SED zu retten, denn auch ihre letzte Stunde hatte schon geschlagen. Dieses Mal waren die massenhaft vorgetragenen Forderungen der Menschen der DDR nach Demokratie, Freiheit und der Einheit Deutschlands von Erfolg gekrönt. Die Traumata vom 17. Juni 1953 und vom 13. August 1961, die ein jeder der Demonstranten auf den Straßen in sich trug, ob nun bewusst oder unbewusst, wurden mit den Rufen „Wir sind das Volk!“ überwunden. Der Mut und die Entschlossenheit der Menschen brachte schließlich die Befreiung aus eigener Kraft, in der allerersten gelungen und vor allem friedlichen Revolution auf deutschem Boden überhaupt.

Der emotionale Höhepunkt dieser friedlichen Revolution, der vielen Menschen in aller Welt auch heute noch lebhaft vor Augen steht, ist sicherlich der 9. November 1989, der Tag des Mauerfalls. Ich selber hatte das Riesenglück, in dieser Nacht ganz vorne am Grenzübergang Bornholmer Straße in Berlin mitten im Geschehen zu sein, bis heute

der schönste Tag meines Lebens. Mit meinem Freund Wolfram Hülsemann, dem damaligen Stadtjugendpfarrer in Ost-Berlin, war ich am Abend zur Grenzübergangsstelle gekommen, nachdem sich herumgesprachen hatte, was das Mitglied des SED-Politbüros Günter Schabowski auf seiner heute legendären Pressekonferenz wohl naiv erkündet hatte: Ein jeder könne ohne langfristige Genehmigungen in den Westen! Wir konnten es einfach nicht glauben und wollten es mit unseren eigenen Augen sehen. Als wir ankamen, standen schon einige hundert ebenso neugierige und aufgekratzte Menschen an der Bornholmer Brücke – allein das war ein wirklich exotischer Anblick für uns. Wir drängelten uns sanft durch, bis wir schließlich ganz vorne am Schlagbaum standen. Hinter uns versammelten sich immer mehr Menschen – und es passierte eigentlich: nichts. Das allein war schon gewaltig. Hunderte standen am Grenzs Schlagbaum, es erklang kein Gebrüll der Soldaten, keine Schüsse. Die Mauerwächter standen uns gegenüber und wussten wie wir nicht, wie es nun weitergeht. Einige von uns sprachen dann einfach die Grenzer an, forderten sie auf, den Schlagbaum aufzuheben, es hatte doch geheißen, dass wir jetzt alle sofort reisen könnten. Die Soldaten standen uns – es war faszinierend – völlig hilflos und nicht in ihrer gewohnten Selbstherrlichkeit gegenüber. Dann haben wir den Schlagbaum geöffnet und sind in das Gelände der Grenzbefestigungsanlagen der DDR hineingegangen.

Einfach so! Später habe ich gehört, der Schlagbaum in der Bornholmer Straße sei der erste gewesen, der überhaupt geöffnet wurde.

Mein Freund und ich sind dann Gott sei Dank nicht rüber nach West-Berlin gegangen, sondern hinter dem Schlagbaum im Grenzbereich stehen geblieben. Eine junge Frau ging an uns vorbei, überreichte einem der fassungslosen Grenzer eine Blume und sagte dabei nur ein Wort: "Dankeschön!" Was für eine Geste! Ich glaube, diese unbekannte junge Frau hatte damals einen entscheidenden Anteil daran, dass wir alle vor Ort nicht die Nerven verloren und es nicht zu Gewalttätigkeiten kam. Denn es hätte auch alles ganz anders kommen können. Wir haben dann bestimmt zwei Stunden lang an der Seite gestanden und dem freudigen Menschenstrom zugeschaut. Man konnte es kaum begreifen. Das Wort, das man an diesem Abend immer wieder hörte und was die Situation wohl am nächsten beschrieb, lautete schlicht: „Wahnsinn!“.

So ist dieser 9. November 1989 zu einem echten Freudentag für uns Deutsche geworden. Zugleich erinnert uns dieses Datum Jahr für Jahr mit Nachdruck aber auch an die dunklen und unrühmlichen Kapitel unserer Geschichte, die wir nicht beiseite schieben können und

auch gar nicht beiseite schieben wollen. Ganz im Gegenteil!

Im nächsten Jahr werden sich die aufregenden Ereignisse des Herbstes 1989 nun bereits zum zwanzigsten Mal jähren. Manchmal möchte ich mir schon verwundert die Augen reiben, wie viel Zeit seit dem schon vergangen ist – ich bin mir sicher, dass es manchen von Ihnen genauso geht. Die Vorbereitungen für das anstehende Jubiläum – dieses echte *Jubeljahr* – laufen überall in Deutschland auf Hochtouren. Unzählige Veranstaltungen und Feierlichkeiten werden stattfinden, allerorten werden Ausstellungen präsentiert, die Medien werden voll sein mit Zeitzeugenberichten, Dokumentarfilmen und Diskussionsbeiträgen, um an die Ereignisse der Friedlichen Revolution zu erinnern.

Die deutsche Öffentlichkeit wird sich zu diesem Anlass aber auch verstärkt und auf vielfältige Weise mit der gesamten Geschichte der DDR und der Zeit deutschen Teilung beschäftigen. Denn die Erinnerung an die kommunistische Diktatur hat ihren angemessenen Platz im Gedenkdiskurs der Deutschen noch lange nicht gefunden. Dabei kann es, um Missverständnissen sogleich vorzubeugen, nicht um fragwürdige Gleichsetzungen der SED-Diktatur mit der beispiellos menschenverachtenden Diktatur der Nationalsozialisten gehen. Natürlich ist es legitim, die beiden diktatorischen Vergangenheiten

aneinander zu messen. Wozu es aber nicht kommen kann und kommen darf ist, sie gegeneinander auszuspielen, sie gar politisch zu instrumentalisieren. Der Historiker und mein Freund Bernd Faulenbach hat dafür eine gültige Formel gefunden. Sie lautet: „Die NS-Zeit mit ihren einzigartigen Verbrechen darf nicht durch die stalinistischen Verbrechen relativiert werden und die stalinistischen Verbrechen dürfen nicht mit Hinweisen auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“ Soweit Bernd Faulenbach, dem hier unbedingt zuzustimmen ist. Nein, eine Konkurrenz der Vergangenheiten würde großen Schaden mit sich bringen. Für die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, als deren Vorstandsvorsitzender ich heute zu Ihnen sprechen darf, ist es ein Muss und eine Selbstverständlichkeit, bei der Auseinandersetzung mit ihrem Thema nie dessen Vorgeschichte aus dem Auge zu verlieren. Ohne die nationalsozialistische Diktatur, die Vernichtung der europäischen Juden und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges wäre Deutschland wohl nie geteilt und die Diktatur der SED nie errichtet worden. Wir sind der festen Überzeugung, dass unser Gemeinwesen eine kontinuierliche und umfassende Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte von Diktatur in Deutschland braucht, um den wahren Wert der Freiheit und Demokratie wirklich zu begreifen, die wir heute nur allzu gern als etwas vollkommen Selbstverständliches sehen.

Denn die Zivilcourage, die vor 20 Jahren die Menschen der DDR auf die Straße trieb, um die kommunistische Diktatur in einer friedlichen Revolution hinwegzufegen, ist derselbe Bürgersinn, den wir auch in unserer heutigen Gesellschaft benötigen. Denn Demokratie, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte sind eben keine Selbstverständlichkeit, sondern sind hart erkämpft worden und bedürfen ständigen Schutzes. Das dürfen wir nie vergessen!

JUDEN IN DER DDR

Vera Lengsfeld



Das Schicksal von Juden und Jüdischen Gemeinden in der DDR ist ein Indikator für die wahren gesellschaftlichen und innenpolitischen Verhältnisse des Landes. Es ist auch ein Beleg für

das Auseinanderklaffen von ideologischem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit im selbsternannten „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden“. Seit den frühen fünfziger Jahren gehörten nach Darstellung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, also der Regierungspartei der DDR, „Faschismus und Antisemitismus der historischen Vergangenheit“ an.

Was den „Antifaschismus“ angeht, so verhinderte vor allem die nachdrückliche Weigerung der Partei-, und Staatsführung der DDR, eine Mitverantwortung für die Verbrechen der Nazizeit anzuerkennen, eine differenzierte und selbstkritische Beschäftigung der nachwachsenden

Generationen mit den Verbrechen des NS-Regimes. Der verordnete Antifaschismus in der DDR und seine unseligen Folgen, die er bis heute hat, sind nicht Gegenstand dieses Vortrages und können nur benannt, nicht näher untersucht werden. Was den Antisemitismus angeht, hat es ihn in der DDR in offener Form nicht gegeben, weil es an Juden fehlte, gegen den er sich richten konnte. Es gab aber sehr wohl verdeckten Antisemitismus in Form einer militanten, als Antizionismus getarnten Israelfeindlichkeit der Partei- und Staatsführung.

Über das Schicksal der Juden in der DDR geben zunächst nüchterne Zahlen Auskunft: Unmittelbar nach Kriegsende lebten noch etwa 3.500 Juden in dem Gebiet der Sowjetisch besetzten Zone, dem späteren Staatsgebiet der DDR. Das waren Menschen, die Konzentrationslager überlebt hatten, als „Untergetauchte“ oder als Partner in so genannten „privilegierten Mischehen“ gerettet worden waren. Ein nicht unbeträchtlicher Teil war aus der Emigration in die Sowjetisch Besetzte Zone zurückgekehrt, weil sie sich als Kommunisten hier die Verwirklichung ihrer Ideale erhofften. Unter diesen Menschen waren einige, die in den kommenden Jahren das politische, wissenschaftliche und kulturelle Leben der DDR prägten: Albert Norden, Hermann Axen als Mitglieder der Partei- und Staatsführung, Gerhard Eisler , Gerhard Leo als führende Journalisten, Mitja Rappoport und Albert Wollenberger als

Wissenschaftler, Ernst Bloch, Arnold Zweig, Anna Seghers, Stefan Heym, Walter Victor, Walter Felsenstein, Helene Weigel als Kulturschaffende und Philosophen. Für das Judentum in der DDR spielten diese bekannten, prägenden Persönlichkeiten keine Rolle, weil sie sich nicht mehr als Juden verstanden, bzw. ihr Judentum für die Öffentlichkeit unkenntlich gemacht wurde. Von Anna Seghers, eine sehr einflussreiche Schriftstellerin, deren Buch „Das siebte Kreuz“ zur Schullektüre gehörte und als Kommunistin wahrgenommen wurde, erfuhr ich erst Anfang der 80er Jahre, als ich selber Schwiegertochter eines jüdischen Kommunisten wurde, dass sie zu den Verwandten meines Schwiegervaters gehörte. Als ich die hoch betagte Dame besuchte, stellte ich fest, dass ihr Judentum für sie tatsächlich keine Rolle mehr spielte, für ihre Tochter aber sehr wohl. Dieses Phänomen trifft auf viele Kinder jüdischer Kommunisten zu.

Unmittelbar nach dem Krieg war die sowjetische Besatzungsmacht gegenüber den überlebenden Juden großzügig. Schon am 11. Mai 1945 konnte der Rabbiner Martin Riesenhuber einen ersten Sabbat-Gottesdienst in der Feierhalle des Jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee halten. Aber bereits 1947 begann die Verfolgung von Juden durch Kommunisten: Der erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlins Erich Nelhaus wurde von der sowjetischen Staatsicherheit verhaftet und wegen

angeblicher Begünstigung sowjetischer Deserteure zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nelhaus blieb im Gulag verschollen. Ab dem Winter 1946 kamen verstärkt Menschen zur Jüdischen Gemeinde, die zu Tausenden vor den Pogromen der Nachkriegszeit in Polen geflohen waren. Sie waren weitgehend von den religiösen und kulturellen Traditionen des osteuropäischen Judentums geprägt, die sich als schwer kompatibel mit den Normen einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft erwiesen. Im November 1946 zählte die Jüdische Gemeinde in Berlin 7274 Mitglieder, von denen zunächst 2442 im Ostteil der Stadt lebten. Nach einer Volkszählung von 1946 gab es neben den Ostberliner Juden 435 Juden in Sachsen –Anhalt, 428 in Thüringen, in Brandenburg 424, in Mecklenburg 153 und in Sachsen 652 Juden. Insgesamt lebten auf dem Territorium der künftigen DDR 1946 noch 4500 Juden, das entspricht dem Zehnfachen der Anzahl, die 1990 noch in der DDR zu finden war.

Charakteristisch für den Umgang der Kommunisten mit jüdischen Verfolgten des Naziregimes ist folgender Vorfall, der sich in Leipzig im Oktober 1945 ereignete. Dort lebten etwa dreihundert Menschen, Überlebende der Lager Theresienstadt und Osterode im Harz, einem Nebenlager des berühmten KZ Dora. Unter diesen Menschen gab es etwa 80, die nur mit dem, was sie am Leibe trugen aus den Lagern zurückgekehrt waren und über keine

Winterkleidung verfügten. .Diese Überlebenden wandten sich deshalb an den Leipziger Oberbürgermeister Zeigner mit der Bitte, um Bereitstellung von Pelzen für den Winter, als Kompensation für die in der Nazizeit zwangsweise abgelieferten Rauchwaren. Die offizielle Antwort des Amtes“ für „Verfolgte Leipziger“ erfolgte in einem Stil, der sich später als typisch für den Umgang der DDR-Behörden mit ähnlichen Forderungen erweisen sollte: „Den Juden wurden diese Pelze nicht aus politischen Gründen weggenommen, sondern weil sie Juden waren.... Im Ganzen können die Juden nicht als „antifaschistisch“ bezeichnet werden. Sie waren passive Opfer der NS-Kriegsführung. Eine Wiedergutmachung halten wir nicht für zweckmäßig“ Verständlich, dass sich nach dieser und ähnlicher Entscheidungen die Zahl der Juden nicht nur in Leipzig schnell verringerte. Ich müsste an dieser Stelle etwas zu den Auswirkungen des Slansky-Prozesses in der CSSR auf die DDR sagen, möchte das aber aus Zeitgründen auslassen, weil ich davon ausgehe, dass die Folgen des Stalinistischen Antisemitismus relativ gut bekannt und beschrieben sind. Weniger bekannt ist, wie Juden in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren gelebt haben und welche Rolle die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen an Juden in der Opposition der DDR spielte, der ich angehörte.

Wieder aus Gründen der Zeitbeschränkung nur ein Beispiel: Mitte der 80er Jahre plante das Politbüro der SED, eine Straße durch den größten Jüdischen Friedhof in Ostberlin zu bauen. Es berief sich darauf, dass seinerzeit beim Verkauf des Landes an die Jüdische Gemeinde der Berliner Senat zur Bedingung gemacht hatte, dass in der Mitte des Friedhofes ein freier Streifen bleiben sollte, auf dem irgendwann eine Straße gebaut werden könnte, sollte die Vergrößerung der Stadt dies erfordern. Die Jüdische Gemeinde Ostberlins erhob keinen Einspruch gegen den geplanten Straßenbau, weil zeitgleich die Synagoge Rykestraße und die Synagoge in der Oranienburger Straße rekonstruiert werden sollten.

Auch der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin – West, Heinz Galinski, stellte sich hinter das Vorhaben des Politbüros. Nur ein paar Bürgerrechtler konnten und wollten sich nicht damit abfinden, dass mitten durch den Jüdischen Friedhof eine Straße entstehen sollte, weil das Politbüro unbehelligt vom Stadtverkehr in seine Büros fahren wollte. Wir waren der Auffassung, dass nach den an Juden begangenen Verbrechen, alte Vereinbarungen nicht mehr galten. Wir begannen, die Öffentlichkeit zu informieren. Binnen Kurzem war der Protest so stark geworden, dass der Plan aufgegeben werden musste.

Nun zu zwei Beispielen von jüdischen Schicksalen in der späten DDR. Gabriel Berger wurde als Sohn eines jüdischen Kommunisten in einem Versteck in Frankreich geboren. Nach der Niederschlagung des Naziregimes ging der Vater Leibusch, später Leon Berger, mit seiner Familie zunächst nach Belgien, dann nach Polen, dem Land seiner Vorfahren, um den Kommunismus aufbauen zu helfen. Die Veränderungen in der Kommunistischen Partei Polens nach Stalins Tod trieb die Familie in die DDR, wo sich der Vater eine Fortsetzung seines Dienstes an der kommunistischen Sache versprach. Nach ihrer Übersiedlung in die DDR sagte der Vater wörtlich zu seinen Kindern: „ Eure jüdische Herkunft behaltet bitte für euch. Sie ist ohne jeden Belang und hat niemanden zu interessieren. Am besten, ihr vergesst sie ganz.“

Gabriel vergaß seine jüdische Herkunft zunächst und wurde erst als Student in Dresden wieder daran erinnert, als er Antisemitismus bei gleichaltrigen Kommilitonen bemerkte, die wie er, die Nazizeit nicht bewusst erlebt hatten, dafür durch die verordneten antifaschistischen Schulungen gegangen waren. Zum zweiten Mal während des 6-Tage-Krieges, als er erlebte, wie die DDR-Bürger ihrer Regierung die Gefolgschaft im Kampf gegen den Zionismus verweigerten. Trotz massivster antiisraelischer Propaganda in den Medien, war die Bevölkerung auf Seiten der Israelis. Während in allen Betrieben, Institutionen und

Schulen Protestresolutionen gegen den Zionismus unterschrieben werden mussten, bangten die Menschen in ihren Privatgesprächen um das Schicksal der Israelis. Anlässlich einer Anti-Israel-Versammlung in der Universität, bekannte sich Gabriel zum ersten Mal zu seinem Judentum: "Als Jude habe ich die moralische Pflicht, Israel zu unterstützen". Dieser Auftritt blieb ohne Folgen für Berger, so wie viele seiner späteren Aktionen gegen das DDR-Regime, dem er zum Schluss mit allen Mitteln zu entkommen suchte, ohne Folgen blieben. Als anerkannter Verfolgter des Naziregimes hatte man in der DDR eine gewisse Narrenfreiheit. Erst als Gabriel nicht aufhörte, seine Ausreise aus der DDR zu betreiben, wurde er von der Staatssicherheit verhaftet.

Es gelang ihm mit der ihm eigenen Energie und Erfindungsgabe immer wieder, seine Isolation und sein Schreibverbot zu durchbrechen. Zuerst, indem er auf dem Boden seiner Waschschüssel, den er dick mit Seife einrieb, Formeln herleitete. Als ihm die Schüssel weggenommen wurde, weil ein Gefangener der Staatssicherheit untätig in der Zelle zu verharren hatte, setzte er seine jüdische Herkunft zum ersten Mal im Widerstand gegen seine Kerkermeister ein. Er klebte mit Hilfe von Seife einen Davidstern aus Toilettenpapier an die Zellenwand. Daraufhin wurden ihm Zahnpasta und Seife nur noch morgens zur Verfügung gestellt und Toilettenpapier bekam

er nur noch auf Anfrage. Gabriel fand heraus, dass er mit dem Gummistöpsel des Waschbeckens an die Wand schreiben konnte. Das brachte ihm Haft in der Gummizelle ein. Den Wärtern blieb längere Zeit verborgen, was Berger als Schreibgerät einsetzte, so gelang es ihm mehrmals, den Davidstern an die Zellenwand zu malen und seine Peiniger schriftlich anzuklagen. Seinen Vernehmer verwickelte er immer wieder in Diskussionen über die Unwilligkeit der SED-Führung, sich zu einer ostdeutschen Mitverantwortung an den Naziverbrechen zu bekennen. Schließlich wurde ihm im Gefängnis mitgeteilt, dass ihm sein Status als Verfolgter des Naziregimes aberkannt worden sei. Obwohl dies ein bloßer Willkürakt war, denn sein Status als Verfolgter des Naziregimes hatte nichts mit seinen politischen Ansichten zu tun, dauerte es nach der Vereinigung bis zum Jahr 2001, ehe durch das Sozialgericht Düsseldorf diese Aberkennung seines Verfolgtenstatus aufgehoben wurde.

Der zweite Fall, das Schicksal von Salomea Genin, habe ich ausgewählt, weil sie zum ersten Mal in einer Oppositionszeitung, den „Umweltblättern“, über ihre Erlebnisse und Erfahrungen in der DDR berichten konnte. Sie veröffentlichte ihren Text unter dem bezeichnenden Titel.“ Wie ich in der DDR von einer jüdisch-sich-selbst-hassenden Kommunistin zu einer Jüdin wurde.“ Frau Genin, Tochter einer polnisch-jüdischen Mutter, landete

zunächst in Australien, wo sie Mitglied der Kommunistischen Partei wurde. Im Jahre 1951 besuchte sie als Mitglied der australischen Delegation die DDR während der Weltfestspiele der Jugend“ und beschloss, in die DDR auszuwandern. Hier wurde sie zunächst mit offenen Armen aufgenommen. Sie wurde Hörfunkjournalistin bei Radio Berlin International. Schon bald bekam sie wegen ihrer unkonventionellen Beiträge, in denen sie unbefangen auch Schwachstellen der DDR kritisierte, Schwierigkeiten. Man entfernte sie aus der journalistischen Arbeit mit der Begründung, ihre Dienste als Übersetzerin würden dringend gebraucht. Was sie zunächst aus Loyalität zur DDR glauben wollte, durchschaute sie schließlich als Lüge. In Wirklichkeit hatte sie ein verdecktes Schreibverbot. Ihre Kleidung sie zu auffällig für die DDR sagte ihr ein wohlmeinender Freund noch, sie solle sich hier, sowie in ihren Meinungsäußerungen, weniger freizügig zeigen.

Auch Genin hätte ihre jüdische Herkunft fast vergessen, wenn sie nicht durch den 6-Tagekrieg daran erinnert worden wäre. Mit ihrem Entsetzen über die Israel-Hetze der Partei-, und Staatsführung begann ihre Abwendung vom System, die aber bei Genin erheblich länger dauerte, als bei Berger, denn sie hatte sich das Land selbst gewählt. Es endete damit, dass sie in der DDR nicht mehr publizieren konnte, es sei denn, in einer Oppositions-

zeitschrift. Inzwischen war ihr Misstrauen so groß geworden, dass sie ihre eigenen Matrizen mitbrachte, damit niemand ihren Text verändern konnte. Bald nach der Publikation war es mit der DDR, unter der Genin zum Schluss so gelitten hatte, vorbei. Dies sind zwei, keineswegs untypische, jüdische Schicksale in der DDR.

Auch wenn in den 80er Jahren eine Änderung in der Politik der SED eintrat, weil Honecker davon träumte, als Staatsgast in die USA reisen zu dürfen und deshalb aktiv versuchte, amerikanische Juden für sich einzunehmen, blieb das Verhältnis zu den Juden und den Jüdischen Gemeinden immer instrumentell. „Einerseits ist man an der Existenz einer jüdischen Gemeinde als Demonstrationsobjekt interessiert, andererseits kann man sie nicht wirklich als gültiges Element der sozialistischen Gesellschaft akzeptieren. wie man den Antisemitismus als eine Erscheinungsform der Vergangenheit betrachtet, so auch das Judentum“, sagt der Jude Peter Honigmann in seiner Untersuchung über Antisemitismus in der DDR. Bekanntlich hat das Judentum, wie so vieles, auch die DDR überlebt.

ANTISIMITISMUS UND ISRAELFEINDSCHAFT IN DER DDR

Konrad Weiß



In der DDR war der Antifaschismus Staatsdoktrin. Die DDR definierte sich selbst entschieden als antifaschistisch. Aber war die DDR wirklich ein antifaschistischer Staat?

Nach der Wiedervereinigung ist das Wort vom *verordneten* Antifaschismus in Mode gekommen. Ich halte nichts davon, denn er war zu Beginn im Osten nicht mehr und nicht weniger verordnet als in Westdeutschland. Hier wie dort waren es einzelne mutige Männer und Frauen, die von sich mit Recht sagen durften: Ich habe gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die Mehrheit der Deutschen war mitmarschiert, hatte geschwiegen, geduldet.

Diese Mehrheit war im Mai 1945 erwacht wie aus einem bösen Traum. Erst die Zerstörung des Landes, die Millionen Toten, die Bilder aus den Vernichtungslagern, haben vielen die Augen geöffnet. Im Westen wie im Osten wurde der Wille lebendig, ein besseres Land aufzubauen. Das hat nach der Befreiung den Menschen die Kraft gegeben, neu zu leben, neu zu handeln, neu zu denken. Viele haben sich von dem gelöst, was bisher für sie galt, haben sich gewandelt, sind aus Mitläufern der Nazis und Mittätern zu Antifaschisten geworden. Das muss niemand als verordnet diffamieren.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es dabei Defizite gegeben hat, mit denen wir uns bis heute herumzuschlagen haben: Die furchtbare Schuld wurde verdrängt und klein geschwiegen. Reste der braunen Ideologie westen im Unterbewussten fort. Die totalitären, antidemokratischen Wurzeln des Systems wurden nicht wirklich erkannt und ausgeremert. Täter entgingen der Strafe oder fanden heimlichen Unterschlupf, und nicht wenige wurden wiederum zu erpressbaren, willfährigen Werkzeugen. Das alles war so im Osten und im Westen.

In der sowjetisch besetzten Zone und später in der DDR aber kam hinzu, dass die Siegermacht wiederum ein totalitäres System installiert hatte, das nicht minder menschenfeindlich und undemokratisch war als das eben überwundene. Der Stalinismus in der DDR hat wirklichen

Antifaschismus unmöglich gemacht. Tapfere Antifaschisten, die eben den Konzentrationslagern entronnen waren, wurden feige Büttel des neuen Systems, wurden zu Schergen, zu Verrätern ihrer Ideale. Ich zweifle nicht daran, dass viele im guten Glauben gehandelt und erst im stalinschen, dann im realen Sozialismus tatsächlich die Alternative gesehen haben. Objektiv aber haben sie daran mitgewirkt, Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit zu verhindern und zerstören. Deshalb war das in der DDR ein *gebrochener* Antifaschismus. Gebrochen, wie man sein Wort bricht. Gebrochen, wie Ideale zerbrechen.

Das wird kaum in einem anderen Bereich so deutlich wie an der Feindschaft der DDR zu Israel und am Antisemitismus der SED: Deutsche haben nach Auschwitz wiederum Juden verfolgt und aus dem Land getrieben, haben sich mit den blutigen Feinden Israels solidarisiert und ihnen Geld, Waffen und brüderliche Hilfe für den Kampf gegen die Überlebenden der Shoah gegeben. Das ist eines der furchtbarsten Kapitel in vierzig Jahren DDR. Nein, diese DDR war kein antifaschistischer Staat, die SED keine antifaschistische Partei. Denn kann es Antifaschismus geben, der antisemitisch ist? Ist eine Gesellschaft antifaschistisch, die den Überlebenden der Shoah das Lebensrecht abspricht und die Solidarität verweigert? Ist ein Land antifaschistisch, in dem es jahrzehntelang Regierungspolitik war, alles Jüdische

totzuschweigen: jüdische Religion und Kultur, jüdische Geschichte und Tradition, die Leistung von Juden in der deutschen Geschichte?

Im Frühjahr 1980 arbeitete ich mit dem Schriftsteller Walther Petri an einem Film über das Tagebuch des Dawid Rubinowicz, einem jüdischen Jungen aus Polen, der 1942 in Treblinka umgekommen ist. Wir wollten diesen Dokumentarfilm für Kinder drehen, weil damals, Ende der siebziger Jahre, die ersten Anzeichen für einen neuen Rechtsradikalismus in der DDR sichtbar wurden. Erst bei der Arbeit wurde uns bewusst, dass eine ganze Generation ohne alles Wissen über Juden und Judentum aufgewachsen war. Die antifaschistische Erziehung war erstarrt, formalisiert, kalt, entfremdet; die Besuche der Gedenkstätten waren ungeliebte Pflichtübungen, die mehr schaden als nutzen. Der Nationalsozialismus war für diese Generation eine Schulbuchwahrheit, die mit dem eigenen Leben nichts zu tun hatte. Und: Israel war für sie ein feindliches Land.

Ein halbes Jahr haben wir um unseren Film gekämpft. Ein Argument gegen den Film war, dass er Sympathie für das Judenkind Dawid wecken könnte und damit Sympathie für Israel. Ein anderes, dass wir ihm keinen "optimistischen" Schluss gegeben hatten, sondern ihn mit einem Kaddisch, der jüdischen Totenklage, mit dem Gefühl der Trauer über

die Opfer der Shoah ausklingen ließen. Und schließlich, dass wir vom jüdischen Volk gesprochen hatten. Nach der herrschenden Doktrin in der DDR gab es kein jüdisches Volk. Selbst das Wort Jude vermied man.

In einem Szenarium zu dem Film, das ich nach Prüfung durch irgendeine staatliche Stelle zurückerhalten hatte, war das Wort Jude oder jüdisch, jedes Mal, wenn es vorkam, rot unterstrichen worden. Die übliche Umschreibung war "jüdische Mitbürger" oder "Bürger jüdischer Herkunft" - also eine zugleich ausgrenzende und diffamierende Bezeichnung, so als könnte ein Jude nicht ganz selbstverständlich Deutscher sein. Auch Israel war nicht etwa der jüdische Staat oder der Staat der Juden, sondern ein, so wörtlich, "zionistisches Gebilde". So entlarvend können Begriffe sein. Der Antizionismus der Realsozialisten war in Wahrheit Antisemitismus.

In der angeblich "wissenschaftlichen" Weltanschauung der Marxisten war – und ist - kein Raum für Schuld, Reue und Sühne. Das schreckliche Versagen der Deutschen wurde mit dem simplen Einmaleins der Klassenlehre anonymisiert: Der Faschismus, so die gängige Lehrmeinung, war die aggressivste Ausprägung des Kapitalismus, der Antisemitismus diente "der Ablenkung der Massen von der Ausbeuterpolitik der herrschenden Klasse". Das Dogma ersparte die Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld. Für die SED war der Zionismus,

getreu der antiquierten Analyse Lenins, "eine nationalistische Bewegung der internationalen jüdischen Bourgeoisie und allein dazu da, das jüdische Proletariat vom Klassenkampf abzuhalten."¹ Dieses Theorem galt bis zuletzt.

Da blieb kein Raum für das *reale* Israel, womöglich gar für Sympathie mit dem jüdischen Staat. Dabei war in der Sowjetischen Zone die Gründung Israels zunächst durchaus begrüßt worden. Der jüdische Historiker Helmut Eschwege beschreibt in seinen Lebenserinnerungen², dass aus Anlass der Unabhängigkeitserklärung Israels von der Jüdischen Gemeinde in Dresden eine Feierstunde gestaltet wurde, an der auch Vertreter der Landesleitung der SED teilgenommen haben. Wilhelm Pieck, damals Vorsitzender der SED, begrüßte den Beschluss der Vereinten Nationen, Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat zu teilen. Die SED betrachte die Schaffung eines jüdischen Staates als einen wesentlichen Beitrag, um Menschen, denen der Hitlerfaschismus die schwersten Leiden zufügte, den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen.

Der Umschwung kam im November 1952 mit dem Slánsky-Prozess in Prag, einem widerwärtigen stalinistischen Schautribunal. Rudolf Slánsky und weitere

¹ vgl. BI Handlexikon. Leipzig 1984. S. 54 u. 1366

² Helmut Eschwege, Fremd unter Fremden. Berlin: Christoph Links Verlag, 1991

13 Beschuldigte, darunter 11 Juden, wurden als Verräter, Verschwörer und Spione angeklagt und verurteilt. Dieser Prozess löste auch in der DDR eine Welle der Verfolgung und Demütigung aus. Die Räume der jüdischen Gemeinden wurden durchsucht, Gemeindevorsteher verhört und zahlreiche Juden verhaftet. Sie sollten nach den "Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörertum Slánskýs"³, so ein Beschluss des ZK der SED, in ähnlichen Schauprozessen als "Werkzeuge der internationalen Finanzoligarchie" entlarvt und als "Agenten der jüdischen Weltverschwörung" verurteilt werden.

Zu den Opfern gehörte das Mitglied des Politbüros der SED, Paul Merker, dem seine Genossen vorwarfen, dass er sich für die Wiedergutmachung gegenüber den Naziopfern eingesetzt hatte. In jenem ZK-Beschluss heißt es:

"Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen forderte er mit den Worten: 'Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen'. Merker fälschte die aus deutschen und ausländischen Arbeitern herausgedrückten Maximalprofite der Monopol-

³ Beschluss des Zentralkomitees der SED vom 20. Dez. 1952 zu den Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörertum Slánskýs. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen, Bd. IV, Berlin 1954, S. 210

kapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um".⁴

Im Dezember 1955 lehnte die DDR dann in Moskau nach Gesprächen mit israelischen Diplomaten Wiedergutmachungszahlungen an Israel grundsätzlich ab. Das nun entlarvte die SED vollends. Einer Partei, die Bemühungen um die Wiedergutmachung an den Opfern der Shoah als "Verschiebung von deutschem Volksvermögen" bezeichnet, kann es mit der Bemühung, eine antifaschistisch-demokratische Grundordnung in Deutschland zu errichten, nicht sehr ernst gewesen sein. Es ist geradezu tragisch, wie die Opfer des einen totalitären Systems, die Opfer des nationalen Sozialismus, im anderen, dem realen Sozialismus, zu Tätern wurden. Noch heute tut sich ja die Nachfolgepartei der SED, die Linkspartei, schwer, die fatalen Ähnlichkeiten beider totalitärer Systeme wahrzunehmen, geschweige denn, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen.

Die totale Kehrtwendung der SED und die willkürliche Verhaftung vieler Juden führte 1952/1953 zu einem neuerlichen Exodus von Jüdinnen und Juden aus Sachsen und Thüringen, aus Mecklenburg und Sachsen-Anhalt, aus Brandenburg und Ostberlin. Etwa zwanzigtausend

⁴ zit. nach Eschwege, a.a.O., S. 70f.

Überlebende der Shoah⁵ sind damals aus der DDR geflohen. Zurück blieb eine überalterte jüdische Gemeinde, die zuletzt, am Ende der SED-Herrschaft gerade noch einige hundert Mitglieder zählte.

1967, mit dem Sechs-Tage-Krieg, begann eine neue Hetzkampagne gegen den jüdischen Staat. In einer Stellungnahme des Instituts für Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin erklärten die Professoren Alfons Steiniger, Bernd Gräfrath und Edith Öser Israel zum "internationalen Rechtsbrecher" und "Aggressorstaat". Obwohl die Schließung der Straße von Tiran durch Ägypten, die Anlass für den 67iger Krieg war, ganz eindeutig gegen die UN-Konvention über die Hoheitsgewässer und angrenzenden Zonen aus dem Jahr 1958 verstoßen hatte, machten die SED-Völkerrechtler auftragsgemäß Israel zum Schuldigen und behaupteten, dass der Kampf der arabischen Staaten gegen Israel rechtmäßig sei.

Diese Stellungnahme der so genannten Völkerrechtler der Humboldt-Universität wurde am 8. Juni 1967 im Neuen Deutschland und in der übrigen gleichgeschalteten Presse der DDR veröffentlicht. Zusammenfassend heißt es:

⁵ mdl. Mitteilung von Helmut Eschwege an den Verfasser

"Der Kampf der arabischen Staaten gegen die israelische Aggression und für ihre Souveränität und territoriale Integrität ist rechtmäßig. Der Überfall, zu dem Israel von seinen imperialistischen Verbündeten in Washington und Bonn ermuntert wurde, ist ein flagranter Bruch des Völkerrechts. Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik steht solidarisch an der Seite der arabischen Völker, die um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen."⁶

Nach diesem banalen Muster wurde fortan immer argumentiert: Israel als Aggressor, die arabischen Staaten als Opfer. In dieses Muster passt, dass über die zahllosen Terrorakte der Palästinenser gegen Israelis nicht berichtet wurde. Und wenn doch, dann in dürren Worten und keinesfalls missbilligend, auch wenn die Opfer Kinder in Schulbussen oder unbeteiligte Passanten waren. Es waren ja bloß, nicht anders lässt sich das interpretieren, es waren ja bloß Juden...

Die Medien beschmutzten und verleumdeten Israel wo immer es ging. Da war in der *Neuen Zeit*, dem Organ der kommunistischen CDU, von "Bonns Blutschuld im Nahen Osten" zu lesen, denn Westdeutschland habe "einen Strom

⁶ Neues Deutschland, 5. Juni 1967, S.7

von Waffen und Munition nach Israel gepumpt für mehr als 600 Millionen Mark"⁷, und so sähe die westdeutsche Wiedergutmachung aus. Die gleiche Zeitung lastete führenden israelischen Politikern an, dass sie nicht Verfolgte des Naziregimes gewesen seien oder aus Deutschland hatten fliehen müssen.⁸ David Ben-Gurion, so das Blatt, habe seinerzeit gar dem Bonner Kanzler die briefliche Versicherung gegeben, dass Israel alles tun werde, damit beim Eichmann-Prozess nicht das Prestige Deutschlands berührt werde.

In meinem Archiv habe ich aus jenen Tagen ein Gedicht, das ebenso gut im *Stürmer*, dem antisemitischen Kampfblatt der Nationalsozialisten, hätte stehen können. Dieses Gedicht von Rudi Riff, das die *Magdeburger Volksstimme*, das Bezirksorgan der SED, 1967 druckte, belegt überzeugend den antisemitischen Charakter dieser Partei. Deshalb werde ich, so unappetitlich es auch ist, hier daraus zitieren.

Mit der unsäglichen Verquickung politischer Aussagen mit religiösen Elementen aus der jüdischen und christlichen Tradition stellt sich die SED in die üble Tradition des religiösen Antisemitismus:

⁷ Neue Zeit, Berlin, 8. Juni 1967, S.6

⁸ Neue Zeit, Berlin, 20. Juni 1967, S.3

O Israel!

O Israel! Du hast das Schwert geschliffen
und deine Söhne Raub und Mord gelehrt,
und dreist von fremdem Land Besitz ergriffen
und fremde Taschen wie ein Dieb geleert.

Du hast den Frieden frech ans Kreuz geschlagen,
treibst täglich neue Nägel in sein Fleisch,
und eine Dornenkrone muss er tragen,
weil du ihn stündlich geißelst, Streich auf Streich.

[...] ⁹

Dieser Text aus der Magdeburger Volksstimme verfährt nach dem uralten Muster, die Juden zu Sündenböcken zu machen, zu Schuldigen an allem Bösen, das es in der Welt gibt. Nach eben diesem Muster waren auch die Nationalsozialisten verfahren. Besonders infam war jene Argumentation der SED, die den Juden eine Mitschuld am Holocaust unterstellte. Diese These taucht zuerst 1965 in der offiziellen Zeitschrift *Staat und Recht* auf, in einem Aufsatz der Staatsrechtler Walter Müller, Ingo Steiner und Horst Westpfahl auf.

Diese These gehörte fortan zum festen Repertoire des realsozialistischen Antisemitismus.

⁹ Magdeburger Volksstimme, Jg. 1967, ohne genauen Nachweis

Sie hatte auch praktische Konsequenzen für die jüdischen Verfolgten des Naziregimes, die in der DDR lebten. Sie wurden von der SED als zweitklassige Antifaschisten behandelt, als "Opfer", die eine geringere Unterstützung erhielten als die nichtjüdischen "Kämpfer". Diese Ungleichheit wurde erst 1990 durch die frei gewählte Volkskammer beseitigt.

Während sich seit Beginn der siebziger Jahre im Ergebnis der Entspannungspolitik das internationale Klima allmählich besserte, blieb es zwischen Israel und der DDR frostig. Die Propagandaschlacht gegen den jüdischen Staat tobte bis weit in die achtziger Jahre. Die Medien der DDR schmähten Israel mit immer neuen Verbalinjurien, eine Horrormeldung jagte die andere: Eine Blutspur terroristischer Aktionen ziehe sich durch Israels Weg; es betreibe eine Politik des unverhüllten Raubes und des organisierten staatlichen Terrors; es habe seit Jahrzehnten eine Atmosphäre von Chauvinismus, Verhetzung und Rassismus gezüchtet.

Selbst vor dem schrecklichen faschistischen Begriff "Endlösung" schreckte die SED nicht zurück: 1982 schrieb ein Kommentator der Berliner Zeitung, Klaus Wilczynski,

Israel wolle die Kampfhandlungen im Libanon "bis zur Endlösung" fortsetzen.¹⁰

Es hat aber auch in der DDR Versuche gegeben, dem Antizionismus und Antisemitismus der SED entgegenzuwirken.

Vor allem den Kirchen ist es zu danken, dass es Ansätze eines Dialogs mit dem Judentum und alternative Informationen über den Staat Israel gab, über seine religiöse und kulturelle Tradition, über seine politische und wirtschaftliche Entwicklung, über seine Menschen und ihren Alltag. Die Gruppen für das jüdisch-christliche Gespräch, die es mancherorts gab, haben eine wichtige Aufklärungsarbeit geleistet, ebenso die Aktion Sühnezeichen, deren Freiwillige seit 1961 in Israel arbeiten. Jugendlichen aus der DDR allerdings blieb die Teilnahme an der Versöhnungsarbeit in Israel aber immer verwehrt.

Trotz der feindlichen Haltung des SED-Staates zu Israel entstand eine stattliche Anzahl von Büchern und Filmen zu jüdischen Themen und zur Geschichte der Juden in Deutschland, auch zur Judenverfolgung und Judenvernichtung, der Shoah. Und zuletzt auch einige wenige Arbeiten über Israel. Aber das widerspricht nur scheinbar der These, dass die DDR antizionistisch und antisemitisch

¹⁰ Berliner Zeitung, 2. Juni 1982, S. 4

gewesen ist. Denn alle diese Arbeiten wurden von engagierten Schriftstellern, Filmemachern und Publizisten in manchmal jahrelangen Kämpfen *gegen* die Parteilinie, *gegen* die Zensur und die Kulturbürokratie durchgesetzt.

Der Historiker Helmut Eschwege brauchte acht Jahre, bis seine wichtige Dokumentation *Kennzeichen J* über die Judenverfolgung des Dritten Reiches gedruckt wurde. Sein Band *Die Synagoge in der deutschen Geschichte* lag gar von 1967 bis 1980 beim Verlag. Sein großes Werk über die Geschichte der Juden im Gebiet der ehemaligen DDR ist bis heute nicht gedruckt. Zu den wichtigsten Arbeiten über jüdische Themen, die in der DDR erschienen sind, gehört die Biographie Moses Mendelssohns, *Herr Moses in Berlin* von Heinz Knobloch, die für viele Leser in der DDR zur ersten Berührung mit jüdischen Themen überhaupt wurde. Ähnliches gilt für das Stück von Erwin Sylvanus *Korczak und die Kinder*, das auch in der DDR aufgeführt worden ist. Zum Unterrichtsstoff in der Schule gehörten - jedenfalls zu meiner Schulzeit - *Professor Mamlock* von Friedrich Wolf, *Die Sonnenbrucks* von Leon Kruczkowski und *Das Siebte Kreuz* von Anna Seghers.

Von den frühen belletristischen Veröffentlichungen sind mir besonders in Erinnerung *Das Haus in der Karpfengasse* von Ben-Gavriel, ein Buch über tschechische Juden und Judenverfolgung, und die *Warschauer Karwoche* von Jerzy

Andrzejewski. Von den Filmen will ich Konrad Wolfs *Sterne* erwähnen und den Fernsehfilm *Die Bilder des Zeugen Schattmann*, den Kurt Jung Ahlsen 1972 nach dem Roman von Peter Edel gedreht hat und in dem er auch – zu jener Zeit eine Ausnahme - jüdische religiöse Rituale dargestellt hat. Jeder, der in der DDR gelebt hat, wird weitere Filme und Bücher nennen können, die ihm wichtig waren.

Ein allmählicher Wandel im Verhältnis zu den jüdischen Gemeinden und dann auch zu Israel begann Mitte der achtziger Jahre. Honecker wollte Kredite aus den USA für die marode Wirtschaft der DDR beschaffen. Daher war er bemüht, die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Dagegen erhoben dort die jüdischen Verbände Einspruch. Das nötigte die SED, ihre Politik zu ändern: 1986 wurde auf Veranlassung von Honecker der Friedhof der Adass-Jisroel-Gemeinde in Berlin wiederhergestellt. 1987 konnte die Ostberliner Synagoge mit öffentlichen Mitteln restauriert und nach zwei Jahrzehnten der Vakanz ein Rabbiner eingesetzt werden. Auf jüdischen Friedhöfen, die bis dahin nur von den Gemeinden selbst und Aktiven der Aktion Sühnezeichen mehr schlecht als recht gepflegt worden waren, fanden nun auch Arbeitseinsätze der FDJ, der Staatsjugend der DDR statt.

1988, im Vorfeld des 50. Jahrestages des Großen Pogroms vom 9. November 1938, gab es eine Fülle von Aktivitäten,

von Veranstaltungen und Publikationen zu jüdischen Themen, eine regelrechte Kampagne, die schon wieder kontraproduktiv wirkte. Dennoch, das Klima wurde allmählich besser; die Medien begannen, mehr und objektiver über Israel zu berichten, auch über Land und Leute, über Kultur und Gesellschaft, über Religion und Tradition. Zaghafte begann ein Kulturaustausch.

Ein Schuldbekenntnis gegenüber den Juden und Israel aber brachten die DDR-Machthaber bis zuletzt nicht über die Lippen. Das blieb der frei gewählten Volkskammer vorbehalten. Schon der Runde Tisch hatte in seiner 16. Sitzung am 12. März 1990 eine Erklärung angenommen, dass die besondere Verantwortung der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk als Grundsatz in eine neue Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen werden sollte.¹¹

Meine erste Aktivität als Parlamentarier der demokratisch gewählten Volkskammer war dann, ein Schuldbekenntnis gegenüber Israel anzuregen und zu verfassen, das dann Bestandteil der Gemeinsamen Erklärung wurde, die die Volkskammer in ihrer zweiten Sitzung am 12. April 1990 abgegeben hat. Darin bekennt sich das Parlament der DDR im Namen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger zur

¹¹ vgl. Uwe Thaysen, Der Zentrale Runde Tisch der DDR, Wortprotokoll und Dokumente. Wiesbaden 2000, Bd. IV, S. 1112

Mitverantwortung für die Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder und bittet die Juden in aller Welt um Verzeihung. Das Volk Israels wird um Verzeihung gebeten für die Heuchelei und Feindseligkeit der DDR gegenüber dem Staate Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger nach 1945. Darin heißt es:

Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für die Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.

Wir erklären, alles uns mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.

Wir wissen uns verpflichtet, die jüdische Religion, Kultur und Tradition in Deutschland in besonderer Weise zu fördern und zu schützen und jüdische Friedhöfe, Synagogen und Gedenkstätten dauernd zu pflegen und zu erhalten.

Eine besondere Aufgabe sehen wir darin, die Jugend unseres Landes zur Achtung vor dem jüdischen Volk zu erziehen und Wissen über jüdische Religion, Tradition und Kultur zu vermitteln.

Wir treten dafür ein, verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren. Wir erklären, uns um die Herstellung diplomatischer Beziehungen und um vielfältige Kontakte zum Staat Israel bemühen zu wollen.¹²

Die Erklärung wurde in die Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. September 1990 zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages aufgenommen - Artikel 2 - und ist damit bis heute geltendes Bundesrecht.

¹² Deutschland Archiv, 23. Jg. (1990), Nr. 5, S. 795

In einer ihrer letzten Sitzungen distanzierte sich schließlich die Volkskammer auch von der Zionismus-Resolution der UNO vom 10. November 1975, der die DDR seinerzeit zugestimmt hatte¹³. In dieser Resolution, der Resolution Nr. 3379 der XXX. Vollversammlung, war mit einer Mehrheit der arabischen und der sozialistischen Länder der Zionismus als "eine Form des Rassismus" verurteilt worden. Die freie Volkskammer distanzierte sich von der Zustimmung der DDR-Regierung zu dieser fatalen, ideologisch diktierten UNO-Resolution, in der der Zionismus mit rassischer Diskriminierung gleichgesetzt worden war. Jene Zustimmung einer deutschen Regierung war angesichts der rassistischen Verfolgung und Vernichtung, der Juden in Deutschland ausgesetzt waren, eine Ungeheuerlichkeit. Darauf hatten schon im Vorfeld der Resolution die Kirchen hingewiesen und die DDR-Regierung aufgefordert, dem nicht zuzustimmen. 1990 konnte dann der Antrag, diese Zustimmung zu widerrufen, als interfraktionelle Initiative mit Unterschriften von Parlamentariern aus allen demokratischen Parteien, nicht jedoch aus der PDS, in die Volkskammer eingebracht werden.

¹³ vgl. Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 27. Tagung vom 22. Juli 1990, S. 1280ff. und Drucksache 10/169

So konnte noch vor der Wiedervereinigung der Versöhnungsprozess zwischen Ostdeutschland und Israel, zwischen Ostdeutschen und Juden beginnen.

Im Sommer 1990 reisten die Präsidentinnen der beiden deutschen Parlamente, Rita Süßmuth und Sabine Bergmann-Pohl gemeinsam nach Israel. Ich habe sie auf dieser Reise begleitet und erlebt, mit welcher Sympathie fast alle israelischen Politiker die Veränderungen in Deutschland aufgenommen haben, mit welcher Bereitschaft zur Versöhnung auch mit dem Teil des Landes, das nicht nur zwölf, sondern weitere vierzig Jahre antisemitisch war und das Israel jahrzehntelang das Existenzrecht absprechen wollte.

Zum Programm gehörte auch ein Besuch in der Knesset, dem israelischen Parlament. Dieser Besuch war von einem Misston begleitet, oder, nimmt man diplomatische Gepflogenheiten zum Maßstab, von einer heftigen Brüskierung der deutschen Gäste. Denn der israelische Parlamentspräsident, Dov Schilansky, weigerte sich, die deutschen Besucher zu empfangen, und ging während unserer Anwesenheit in Urlaub. Stattdessen empfing uns in der Knesset sein Stellvertreter. In der israelischen Presse wurde das heftig kritisiert.

Dov Schilansky war Überlebender der Shoah. Er hatte von den Deutschen Schreckliches erfahren und mehrere

Konzentrationslager durchlitten. Fast seine ganze Familie ist von Deutschen ermordet worden. Zuletzt war Schilansky in einem Außenlager von Dachau, wo die Menschen nicht durch Gas oder Gewehrkugeln vernichtet wurden, sondern durch Arbeit. Damals hat er geschworen, niemals mehr ein Wort Deutsch zu sprechen oder einem Deutschen die Hand zu geben.

Diesen Schwur wollte er auch als Präsident der Knesset nicht brechen. Deshalb hatte er die deutschen Parlaments-Präsidentinnen nicht empfangen. Aber er hat sie und mich am selben Abend zu sich nach Hause eingeladen. Präsident Schilansky hat uns mit seiner Frau an der Tür empfangen und uns in sein Haus geführt. Unter Tränen hat er uns erzählt, was er von Deutschen erlitten hat. Nach einigen Sätzen begann er deutsch zu sprechen, zum ersten Mal seit vierzig Jahren. So erfuhren wir die Geschichte seines Schwurs. Dass er ihn an jenem Abend gebrochen hat, geschah, wie er sagte, auch aus Respekt vor der friedlichen Revolution der Ostdeutschen. Dass sie das zweite totalitäre System auf deutschem Boden aus eigener Kraft überwunden hatten, war für ihn die endgültige Bestätigung, dass Deutschland anders geworden ist. Zum Abschied gab er uns, Deutschen, die Hand. Er, wie andere Gesprächspartner auch, gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es auch zwischen Israelis und Palästinensern die Mauern fallen können, so wie in

Deutschland. Eine Hoffnung, die sich noch immer nicht erfüllt hat. Aber wer von uns hat an den Fall der Berliner Mauer geglaubt?

DIE LINKE¹ UND ISRAEL

Viola Neu



Im November 2008 verweigerten 11 Abgeordnete der Linken² einer gemeinsamen Antisemitismus-Erklärung des Bundestages die Zustimmung. Diese 11 Abgeordneten konnten

folgendem Wortlaut nicht zustimmen: „Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson.“

¹ Die Partei die Linke entstand 2007 aus der Fusion der WASG und der PDS, die damals bereits Linkspartei. PDS hieß. Die PDS ist die Nachfolgepartei der SED. Im Text wird für Die Linke auch die Bezeichnung Linkspartei verwendet.

² Darunter: Dieter Dehm, europapolitischer Sprecher; Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin; Prof. Dr. Norman Paech, außenpolitischer Sprecher; Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin; Wolfgang Gehrcke, internationale Beziehungen; Severim Dagdelen, migrations- und integrationspolitische Sprecherin. Vgl. Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 5. November 2008, „CDU/CSU-Kurs zur Linken bestätigt“, „Chef der Berliner Linken entrüstet über Israel-Erklärung der Genossen“, Tagesspiegel, 14. Dezember 2008

Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen Antisemitismus.

Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik.“ Die Abgeordneten der Linken begründeten ihre Ablehnung damit, dass im Antrag versucht werde, die Kritik an der „Kriegspolitik“ Israels zu diskreditieren. Zudem sei es eine „undemokratische, anmaßende Tendenz“ eine Absage an Sympathiebekundungen für antisemitische und terroristische Organisationen zu fordern. Die Frage des Existenzrechts Israels ließen sie bewusst offen.

Dabei scheint eine aktuelle Umfrage³ der Position der Linkspartei Recht zu geben: Jeder Zweite Deutsche hält Israel für aggressiv, 60 Prozent der Befragten sagen Israel verfolge seine Interessen ohne Rücksicht, weniger als ein Drittel ist davon überzeugt, dass die israelische Regierung die Menschenrechte achtet. 35 Prozent sehen auch mehr als 60 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft eine besondere Verpflichtung gegenüber Israel; aber: 60 Prozent der Befragten sehen das nicht so (vor allem

³ Stern, 15.1.2009, „Ein aggressives Land“; Institut, Forsa

Jüngere, 70 Prozent; Ostdeutsche, 68 Prozent und Anhänger der Linkspartei, 72 Prozent).

Bei aller Israelkritik, ist das Israelbild auch von Sympathie geprägt. So sehen 45 Prozent der Deutschen Israel als sympathisch an. 30 Prozent gegen bei dem aktuellen Konflikt der Hamas, 13 Prozent Israel die Schuld. 35 Prozent halten beide Seiten gleichermaßen für verantwortlich.

Doch ist diese grundsätzliche Distanz gegenüber Juden als eines der Traditionselemente linker Bewegungen (mit Ausnahme von Teilen der Sozialdemokratie) zu bewerten. In seiner aktuellen Dissertation verweist Peter Ullrich⁴ auf die prägenden Einstellungen gegenüber dem Judentum: „In der Linken gibt es [...] eine weit zurückreichende Tradition, die durch eine besondere Ablehnung des jüdischen Nationalismus und die Unterschätzung des Antisemitismus, also spezifisch jüdischen Leids, gekennzeichnet ist. Dies problematische Verhältnis der Linken zum Judentum bildete die Basis für einen antizionistischen Bias, der unabhängig vom Nahostkonflikt ist, durch diesen jedoch verstärkt wurde.

⁴ Ullrich schrieb die Arbeit als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dieses Erbe fand seine stärkste Zuspitzung im antiimperialistischen Antizionismus (besonders im sowjetischen Machtbereich unter Stalin), der mehrfach die Schwelle zum Antisemitismus überschritten hat. Die Linke trägt noch schwer an diesem Erbe⁵. Diese Distanz gegenüber dem Judentum hat ihre Wurzeln auch in der ideologischen Grundeinstufung, angefangen bei Karl Marx, der sich kritisch „Zur Judenfrage“ äußerte. Bei der Beurteilung des jüdischen Anspruchs auf einen Nationalstaat kommt auch der Marxismus zu einem negativen Urteil, da er den Zionismus als „bürgerlicher Nationalismus mit einer Massenbasis im entwurzelten Kleinbürgertum“ galt, welches wiederum als Konkurrenz für die sozialistischen Bewegungen gesehen wurde.⁶

In weiten Teilen der Linkspartei und linker Strömungen haben zunächst antizionistische später dann antiisraelische Positionen Tradition. Kann man zwar prinzipiell zwischen antisemitischen und antiisraelischen Haltungen unterscheiden, sind die Grenzen in der politischen Debatte schwer nachzuzeichnen.

Generell gibt es innerhalb der Partei die Linke wie auch innerhalb linker Gruppen und Organisationen – trotz

⁵ Peter Ullrich, 2008, Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin, S. 84.

⁶ Ullrich, 2008, S. 85.

verbaler Bekenntnisse zum Anti-Antisemitismus – weit verbreiteten z. T. aggressiven Antizionismus.

Etwa seit der 68er Bewegung lassen sich – vor allem in den alten Bundesländern – zwei dominierende Konfliktlinien erkennen, die mittlerweile auch die Partei Die Linke dominieren: eine pro-israelische und eine pro-palästinensische. Mit der 68er Bewegung haben sich pro-palästinensische Positionen stark ausgeweitet. Neben einer allgemeinen Heroisierung von so genannten „Befreiungsbewegungen“ stand auch immer die Ideologie des Antimperialismus hinter diesen Strömungen.

Die außenpolitische Großwetterlage spielte für die Haltung der kommunistischen Parteien, die sich an der KPdSU orientierten eine maßgebliche Rolle. Nachdem die Sowjetunion zunächst die Politik der Anerkennung und Annäherung an Israel betrieb, änderte sich dies spätestens mit der Suez-Krise. Von da an bestimmte „antizionistische Hetze“⁷ die Politik der Kommunistischen Parteien.

Die so genannte Neue Linke, die in den 60er Jahren entstand, entwickelte ebenfalls antizionistische, anti-kolonialistische und Israel feindliche Positionen bzw. pro-palästinensische Positionen.

⁷ Ullrich, 2008, S. 92

Ullrich führt an, dass die Neue Linke ihre „revolutionären Hoffnungen stärker [...] auf Kämpfe in der ‚Dritten Welt‘, die den Funken der Revolution auch in die Zentren des Kapitalismus tragen sollten“⁸ richtete.

Als Gründe für diese Bewertung nennt er auch, die Militarisierung Israels an, das sich weniger schwach erwies, als häufig angenommen sowie die Orientierung Israels an der „imperialistischen“ USA. Dies führte vor allem in den siebziger Jahren zu Vergleichen Israels mit dem Nationalsozialismus, dem Apartheidregime in Südafrika oder der Gleichsetzung von Zionismus mit Rassismus.⁹

Den Gegenpol innerhalb der linken Bewegung nehmen die „Antideutschen“ ein. In den 90er Jahren haben die Antideutschen eine spezifische pro-israelische Position in den Diskurs mit eingebracht. Sich gegen einen vermeintlich aufkommenden „Deutschnationalismus“ in Folge der deutschen Einheit wehrend und sich verstärkt mit dem Thema, Nationalismus, Antisemitismus und Holocaust auseinandersetzend, entwickelten sie eine Position, welche die Solidarität mit Israel zu einem zentralen Anliegen werden ließ. Durch die Identifizierung mit den Opfern des Nationalsozialismus stellen sie sich

⁸ Ullrich, 2008, S. 92.

⁹ Vgl. Ullrich, 2008, S. 93; 141 ff.

gegen alles was auch nur die Tendenz beinhaltet, das als eine wie auch immer geartete Gefahr für Juden gedeutet werden könnte.

Die Position der Vorgängerpartei der Linkspartei, der SED, soll kurz geschildert werden, um Kontinuitäten und Brüche untersuchen zu können. Die zentrale ideologische Legitimation für den Aufbau einer sozialistischen Diktatur zog die DDR aus der Behauptung „antifaschistisch“ zu sein. Damit unterstellte sie, die Bundesrepublik sei nach wie vor ein faschistischer Staat, der in der Nachfolge des Dritten Reiches stünde. Mit dem „Antifaschismus“ begründete die SED nicht nur ihre hegemoniale Position und die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, sondern auch die Ablösung der Eliten.¹⁰ Durch die verordnete Faschismus-Doktrin¹¹, spielten Nationalsozialismus und Holocaust nur eine untergeordnete Rolle in politischen und öffentlichen Diskursen, fehlten sogar weitgehend in der DDR-Geschichtswissenschaft.

¹⁰ Vgl. Werner Müller, 2002, Bruch oder Kontinuität? SED, PDS und ihr „Antifaschismus“, in: Manfred Agethen, Eckhard Jesse, Erhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg i. B, S.363 ff.

¹¹ „Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst“, so definierte Georgi Dimitroff 1935 den Faschismus. Damit konnte unter dem Begriff Faschismus letztendlich der „Kapitalismus“ bekämpft werden und der Nationalsozialismus gleichermaßen wie die Bundesrepublik mit dem Begriff „faschistisch“ versehen werden.

Jüdische Opfer oder gar jüdischer Widerstand spielten in der DDR keine Rolle, da der Widerstand der Kommunisten gegen den National-sozialismus absolut erhöht wurde. Mit dem Antifaschismus wurde in der DDR nicht die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verstanden. Als Legitimationsideologie diente der Antifaschismus als „Integrations- und Ausgrenzungsinstrument“.¹² Folgerichtig wies Walter Ulbricht darauf hin, dass es nicht darauf ankomme, zu bewerten, was der Einzelne in der NS-Zeit getan habe, sondern wo er heute stehe und wie intensiv er sich dem „demokratischen Aufbau“ in der DDR beteilige.¹³

Die DDR verweigerte jegliche Wiedergutmachung: sowohl den Nazi-Opfern als auch dem Staat Israel. In einem Beschluss des ZK der SED vom 20. Dezember 1952 hieß es an die Adresse von Wiedergutmachungsbefürwortern gerichtet: Sie würden „die aus deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepressten Maximalprofite der Monopolcapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes“ fälschen. Einer „Verschiebung von Volksvermögen“ konnte daher von der DDR auch nicht zugestimmt werden. Nationalsozialistisch enteignete Vermögenswerte wurden so auch nicht an ihre jüdischen

¹² Müller, 2002, S. 366

¹³ Müller, 2002, S. 366

Besitzer rück übertragen, da diese als „Klassengegner“ eingestuft wurden.

Auch außenpolitisch positionierte sich die DDR eindeutig: Sie unterhielt diplomatische Beziehungen zu den arabischen Staaten, während es im Falle von Israel nicht zu einer Aufnahme von diplomatischen Beziehungen kam. Erst als die DDR kurz vor ihrem Untergang stand, versuchte sie mit Verhandlungen über Wiedergutmachung und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, nach dem Mauerfall die Wiedervereinigung zu verhindern.

Es gibt viele Beispiele, die belegen, dass die DDR gegenüber Juden und Israel nicht nur ein „reserviertes“ kritisches Verhältnis hatte, sondern auch aggressiv gegen den israelischen Staat vorging (wobei die DDR das Existenzrecht Israels schon allein aus eigene Interesse an der Anerkennung der DDR nicht in Frage stellte). Außenpolitisch unterstützte sie militante und terroristische palästinensische Kräfte. So hat sie Terrorgruppen unterstützt, die die Existenz Israels bekämpften (z. B. den Schwarzen September. Zu erwähnen wäre hier auch die Unterstützung der RAF)¹⁴.

¹⁴ Vgl. „Die ‚Linke‘ und ihr Verhältnis zu Israel: ‚Eine empörende Feindseligkeit‘, Interview mit Dieter Graumann, in: <http://www.haGalil.com/archiv/2007/07/graumann.htm>, vom 10. September 2008

1973 (also ein halbes Jahr nach dem Attentat bei der Olympiade in München) besuchte Yassir Arafat die DDR und wurde u.a. von Hermann Axen und ein halbes Jahr später von Erich Honecker¹⁵ empfangen. Kurz darauf wurde die PLO diplomatisch anerkannt.

Im innenpolitischen Handeln waren antisemitische Tendenzen unübersehbar. Das Politbüromitglied Paul Merker wurde verurteilt, weil er angeblich eine deutsche Gruppe in einer internationalen Verschwörung des zionistischen Monopolkapitals und des US-Imperialismus führen würde.¹⁶ Die Verfolgung von Juden in der DDR und anderen kommunistischen Ländern zählen ebenso zu den Einschüchterungsmaßnahmen wie die Stasiüberwachung der jüdischen Gemeinden.¹⁷

Was bei der PDS/Linkspartei/Die Linke überrascht, ist die Definition von Antifaschismus, die sich von der der SED kaum unterscheidet. Die PDS betont, dass der Aufbau der „besseren“ Gesellschaftsordnung und des „friedliebenden“ Deutschlands keiner „Entschuldigung“¹⁸ bedürfe. Konkret

¹⁵ Kinan Jäger, 2000, Der „Staat Palästina“: Herausforderung deutscher Außenpolitik, APuZ, 49, <http://www.bpb.de/publikationen/6539ZS.html>, S. 13, vom 16.1.2009

¹⁶ Tim Peters, 2006, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden, S. 54

¹⁷ Michael Wolffsohn, Und doch: Die DDR war antisemitisch, in : Tagesspiegel, 31. Oktober 2008

¹⁸ Die Linke hat nach der Fusion von 2007 noch kein Programm verabschiedet. Bislang gibt es lediglich „Programmatische Eckpunkte“, auf die sich WASG und PDS einigten. Daher wird das Programm von 2003 zur Analyse herangezogen. Programm der PDS von 2003, S. 35

schreibt sie: „Nach 1945 bemühten sich Millionen Menschen in Ost und West, das faschistische Erbe zu überwinden. Sie setzten sich für ein friedliebendes Deutschland und den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung ein. Dieser Wille bedarf auch für den Osten keiner Entschuldigung.“¹⁹ So wird der Aufbau der sozialistischen Diktatur von der PDS in der gleichen Weise legitimiert, wie dies bereits die SED tat, nämlich mit dem Antifaschismus.

Aus der Überbetonung des Antifaschismus lassen sich für die Linke ähnliche normative Schlussfolgerungen wie für die SED ziehen:

Bevor die Position der Linkspartei analysiert wird muss eine Einschränkung getroffen werden: Das Themenfeld „Nahost“ fristen der Linken eher ein Schattendasein. Generell vertritt die Linke in ihren internationalen Positionen eher einen „antiimperialistischen“ Ansatz. Dieser bringt es mit sich, dass Israel kritische Positionen auf große Resonanz stoßen.

Dem Antiimperialismus liegt das alte dogmatisch-absolutistische Freund-Feind-Schema zu Grunde: Die „neoliberale Politik“ und die „imperialistische Politik“ der

¹⁹ Programm 2003, S. 35 f.

USA bedrohen die Welt²⁰, der Sozialismus ist allein in der Lage, sie zu schützen. Da Israel die Rolle eines US-amerikanischer Vasallen einnimmt, ist es möglich das USA-Bild auch auf Israel zu übertragen. Somit wäre Israel ein imperialistischer, kapitalistischer Staat. Die Partei fasst die „westlichen-bürgerlichen“ Demokratien und somit wahrscheinlich auch Israel unter den Begriffen „neoliberaler Kapitalismus“, „kapitalistische Welt“ oder nur „Kapitalismus“²¹ zusammen. Lediglich der USA wird auch noch das Attribut „imperialistisch“ beigefügt.²² In altbekannter kommunistischer Diktion stellt der Kapitalismus das Übel der Menschheit dar. Alten kommunistischen Ver-schwörungstheorien anhängend wird zwar ein neuer „Typ der Kapitalakkumulation“ gesehen, den aber - wie immer - „das Finanzkapital unter Führung der USA dominierte“.²³ Auch wenn Israel expressis verbis nicht genannt ist, dürften diese Images auch für dieses Land – cum grano salis – gelten.

Innerhalb der Linkspartei gab es in den letzten Jahren beim Thema „Nahost“ Bewegung. Vor allem Repräsentanten der Partei als den alten Ländern besetzen dieses Themenfeld.

²⁰ Dieses Begrifflichkeit zieht sich kontinuierlich durch das Programm. Vgl. Programm 2003, S. 1, S. 6

²¹ Programm 2003, S. 6 ff, S. 1

²² Programm 2003, S. 1; S. 10: „imperiale Hegemonie“

²³ Programm 2003, S. 7

Norman Paech, Bundestags-abgeordneter der Linken, versuchte erneut, Israel in die „imperialistische“ Ecke zu drängen. Wie Ullrich²⁴ schreibt, sei er damit in der Partei aufgrund der weit verbreiteten Palästinenser-Sympathie nicht auf Widerstand gestoßen. Es kam zu Solidarierungen mit der radikal-islamistischen und antisemitischen Hisbollah-Miliz, einer Einladung eines Hamas-Sprechers zur einer Nahostkonferenz der Partei (der allerdings von der Bundesregierung ein Einreiseverbot erhielt) und zu verbalen Entgleisungen (Paech sagte Israel würde gegen den Libanon einen Vernichtungskrieg führen, Assoziationen mit dem Nationalsozialismus sind wohl nicht zufällig.)²⁵ Die aus dem trotzkistischen Linksruck (umbenannt in Marx 21) stammende Christine Buchholz, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Linken, sprach²⁶ von der „Dämonisierung der Hisbollah“.

Doch begann sich in der Partei auch eine Gegenbewegung herauszubilden, zu der die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping, die Bundestagsabgeordnete Petra Pau und der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi zu rechnen sind. Seit 2007 gibt es in der Linkspartei den Bundesarbeitskreis Shalom „Plattform gegen Antisemitismus, Antizionismus, Antiamerikanismus.

²⁴ Ullrich, 2008; S. 185

²⁵ Ullrich, 2008, S. 185

²⁶ Vgl. <http://www.zeit.de/online/2008/45/antisemitismus-von-links> vom 4.11.2008

Kipping äußerte sich 2006 mit der Forderung nach bedingungsloser Anerkennung Israels. Insbesondere die Rede des Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysis²⁷ anlässlich einer Veranstaltung „60 Jahre Israel“ bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung²⁸ sorgte für Aufsehen. Zum einen verurteilte er den Antiiperialismus, da diesem nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus „die machttheoretische Komponente“ und schon vorher die „politökonomische Ursprungskomponente“ entzogen seien. Zudem verweist er darauf, dass man die in der Partei weit verbreitete „a priori-Sympathieverteilung“ zugunsten des Antiiperialismus „fallbezogen“ und an Hand eines Kriterienkatalogs prüfen solle. Doch auch andere linke Tabus greift er an, indem er für den Begriff Staatsräson plädiert. Eine Rede Angela Merkels zitierend („Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson“), erkennt er den Gebrauch des Begriffes Staatsräson als „statthaft“ an. Zudem kritisiert er die Haltung der DDR zu Israel. Der DDR-Antifaschismus hätte zu dem „fatalen Automatismus“ geführt weder „Schuld, noch Verantwortung für die durch Deutschland begangenen Verbrechen“ übernommen zu haben.

²⁷ Er teilt sich den Fraktionsvorsitz mit Oskar Lafontaine.

²⁸ http://die-linke.de/die_linke/nachrichten/detail/zurueck/detail-2/arikel/die-haltung-der-deutschen-linken-zum-staat-israel/ vom 10.9.2008

Daher verwundert es nicht, dass er das Existenzrecht Israels verteidigt (bei der Forderung dass gleichermaßen ein „lebensfähiger Staat Palästina neben dem Staat Israel geschaffen werden“ müsse).

Innerhalb der Partei Die Linke gibt es Sympathien, politische Solidarität und Kontakte zu terroristischen Bewegungen. Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Bundestages, werden Kontakte zur kolumbianischen FARC nachgesagt. Er soll u. a. der FARC zugesagt haben, sich für eine Streichung der FARC von der Terrorliste der EU einzusetzen. Gut sollen auch die Kontakte der Linken zur Hamas und Hisbollah sein. Daher sagt bspw. der Abgeordnete Norman Paech, das Existenzrecht Israels solle „nur am Ende eines Verhandlungsprozesses“²⁹ anerkannt werden. Politische Unterstützung finden die PKK und ETA u.a. von Ulla Jelpke (Bundestagsabgeordnete). Oskar Lafontaine, der ehemalige Vorsitzende der SPD, der jetzt Partei- und Fraktionsvorsitzender der Linken ist, vertritt häufig Positionen, die als antiisraelisch bewertet werden können, indem er bspw. die Hisbollah mit Israel vergleicht. Hierdurch wird eine Terrororganisation mit einem demokratischen Staat gleichgesetzt. In die gleiche Richtung deuten seine Vergleiche von Israel und dem Iran, indem er letzterem das Recht auf den Besitz von

²⁹ „Un-heimliche Sympathien. Getreu der SED-Tradition liebäugeln deren Erbin mit terroristischen „Sozialrevolutionären“ in aller Welt, Focus, 34/2008, 18. August 2008

Atomwaffen zuspricht, wenn Israel solche besitze. Zudem plante Lafontaine eine Reise zum iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, der sich als Holocaust-Leugner und Unterstützer islamischen Terrorismus hervorgetan hat.

So zeigt sich insgesamt ein ambivalentes Bild der linken Strömungen und der Partei *Die Linke* in Bezug auf Israel. Zum einen existiert eine lange antizionistische Tradition, die nach der Staatsgründung Israels eher anti-imperialistisch begründet wurde. Hier spielen die weit verbreiteten Sympathien für vermeintlich anti-kapitalistische „Befreiungsbewegungen“ in der Begründung eine große Rolle.

Je intensiver die deutsche Verantwortung für den Holocaust in den Focus rückt, desto stärker wird dem Existenzrecht Israels zugestimmt. Eine Entschuldigung für die Politik der SED ist die Linke jedoch bislang schuldig geblieben.

LESEN UND BESPRECHEN VERBOTENER LITERATUR: DER ARBEITSKREIS LITERATUR IN GERA-LUSAN UND DAS NETZWERK JÜDISCHER GEMEINDEN IN OST UND WEST

Karsten Dümmel



Seit Jahresbeginn 1978 entwickelt sich in dem Neubaugebiet Gera-Lusan unter dem Dach des evangelischen Gemeindezentrums St. Ursula eine Subkultur, die paradigmatisch für andere stehend mit ihren verschiedenen Arbeitskreisen skizziert werden soll. ¹

¹ Gera-Lusan, Neubaugebiet mit zunächst 50000 geplanten Einwohnern (tatsächlich 44000). Ende der achtziger Jahre gab es einzig ein evangelisches und ein katholisches Gemeindehaus in Lusan.

Pfarrer Roland Geipel,² Hauptinitiator der Arbeitskreise und Enfant terrible der Geraer Szene, übersiedelte im Frühjahr 1969 von Mainz in die DDR.

Nach dem Theologiestudium in Jena und der Arbeit als Vikar in Gera-Untermhaus baute er nach und nach in Lusan ein Netzwerk von Arbeitskreisen auf. Diese nahmen aufeinander Bezug und suchten wiederum den Kontakt zu anderen Kreisen in anderen Städten. Zwischen 1978 und 1989 entstanden in den Räumen des Gemeindezentrums der Junge-Leute-Kreis,³ der Arbeitskreis Literatur,⁴ die Friedenswerkstatt⁵ der Ausreise-Kreis,⁶ der Umwelt-Kreis,⁷ der Arbeitskreis Englisch,⁸ der Arbeitskreis Theater,⁹ der Arbeitskreis Umwelt¹⁰ und der Behinderten-Kreis.¹¹ Diese Arbeitskreise fußten auf der Tradition der

² Geipel, Jahrgang 1939, wird – neben anderen Personen – in der Büchner-Preis-Rede von 1991 von Wolf Biermann als einer der Gerechten in der DDR genannt und direkt mit Sascha Anderson (Sascha A.) kontrastiert.

³ Gegründet und geleitet von R. Geipel. Zwischen 1984-1988 geleitet von Mathias Fischer-Herbst und K.D.

⁴ Bis 1983 von R. Geipel und von November 1983 bis Juni 1988 von K. D. geleitet. Juni 1988 bis Ende 1990 übernahmen M. Fischer-Herbst und später Steffen Schönfeld die Leitung. Der Arbeitskreis entwickelte sich aus dem Junge-Leute-Kreis und mündete später wieder in ihn ein.

⁵ Gegründet und geleitet von M. Fischer-Herbst und K. D. Der Arbeitskreis entwickelte sich aus dem Junge-Leute-Kreis und mündete später wieder in ihn ein.

⁶ Gegründet und geleitet von R. Geipel. Der Arbeitskreis entwickelte sich aus dem Junge-Leute-Kreis und mündete später wieder in ihn ein.

⁷ Gegründet und geleitet von M. Fischer-Herbst. Der Arbeitskreis „Umwelt“ entwickelte sich aus dem Junge-Leute-Kreis und mündete später wieder in ihn ein.

⁸ Gegründet und bis 1988 geleitet von Joachim Schmidt. Der Arbeitskreis entwickelte sich aus dem Junge-Leute-Kreis und mündete später wieder in ihn ein.

⁹ Gegründet und geleitet von Andreas Bley.

¹⁰ Gegründet und geleitet von M. Fischer-Herbst. Der Arbeitskreis entwickelte sich aus dem Junge-Leute-Kreis und mündete später wieder in ihn ein.

¹¹ Geleitet von Peter Geige (bis Jun 1988) und Brigitte Fischer + M. Fischer-Herbst (bis Mai 1989).

offenen Jugendarbeit. Dabei waren sie ihrem Selbstverständnis nach Arbeitsformen ohne Konfessionszwang und ohne jede Vorbedingung. Zu anderen Mitgliedern der eher kirchlich tradierten Gemeindegarbeit wie Chor, Junge Gemeinde, Frauen-Kreis, Alten-Kreis, Kinder-Kreis gab es guten Kontakt und einen regen Austausch. Mitunter waren Teilnehmer oder Mitglieder identisch.

Evangelisches Gemeindezentrum St. Ursula Gera-Lusan

1978 – 1989 ff
(Pfarrer Roland Geipel)

Junge Gemeinde

Roland Geipel

Arbeitskreis Literatur

Karsten Dümmel

Arbeitskreis Theater

Andreas Blei

Junge Leute Arbeitskreis

Karsten Dümmel

+ Matthias Fischer

+ Steffen Schönfeld

Arbeitskreis Fotografie

Andreas Blei

Friedenswerkstatt

Karsten Dümmel

+ Matthias Fischer

Arbeitskreis Umweltbibliothek

Karsten Dümmel

+ Roland Geipel

Arbeitskreis Umwelt

Michael Beleites

Ausreise-Arbeitskreis

Roland Geipel

Behindertenarbeitskreis

+ Matthias und Brigitte Fischer

+ Peter Geige

Altenarbeitskreis

Susanne Geipel

+ Matthias und Brigitte Fischer

Arbeitskreis Englisch

Joachim Schmidt

Die siebziger Jahre

Der Arbeitskreis Literatur traf sich wöchentlich. Zwischen zwanzig bis sechzig Teilnehmer kamen hier regelmäßig zusammen. Dabei wurde Ende der siebziger Jahre vorwiegend kritische DDR-Literatur¹² besprochen, die, wenn auch im volkseigenen Handel schwer erhältlich, im Land veröffentlicht und rezensiert worden war. Beispiele hierfür sind: Christa Wolf „Nachdenken über Christa T.“, „Kindheitsmuster“, „Kein Ort nirgends“ und „Kassandra“, von Klaus Schlesinger „Alte Filme“ und „Berliner Traum“, von Franz Fühmann „Saiäns Fiktschen“ und „Kameraden“, von Günter Kunert „Im Namen der Hüte“, von Reiner Kunze „Brief mit blauem Siegel“, Stefan Heym „Der König David Bericht“ und „Die Schmähschrift“ sowie von Erich Loest „Es geht seinen Gang“. Die Texte wurden untereinander ausgetauscht, abgeschrieben,¹³ teilweise mit einem Referat eingeführt und gemeinsam gelesen und besprochen. Daraus entwickelte sich sehr zeitig die Idee, die Autoren selbst zu Wort kommen zu lassen und in den Kreis einzuladen. Höhepunkte solcher Lesungen waren in den siebziger Jahren Abende mit Reiner Kunze, Erich Loest, Dietrich Petzold und Bettina Wegner.

¹² Sie dazu Dümmel, Karsten: Identitätsprobleme in der DDR-Literatur. Frankfurt/m. 1997. S. 48 ff.

¹³ Da es bis 1990 in der DDR keine offizielle Möglichkeit zum Kopieren von Texten gab, mussten Bücher mit Schreibmaschine mit sechs bis acht Durchschlägen geschrieben werden. Dies abgeschrieben Bücher wurden später wieder unter den unabhängigen Bibliotheken in den Kirchen bzw. mit den Umweltbibliotheken ausgetauscht.

Während der Achtziger waren es Lesungen mit Lutz Rathenow, Freya Klier, Stephan Krawczyk und Ulrich Plenzdorf. Daneben etablierte sich eine rege Zusammenarbeit mit Studenten des Literaturinstitutes Johannes R. Becher. In losen Folgen kamen Stipendiaten des Institutes nach Lusan, um vor Gästen und Teilnehmern zu lesen.

Sowohl während der siebten als auch während der achten Dekade fand zudem ein reger Austausch von Autoren, Musikern und Referenten zwischen befreundeten kirchlichen und nichtkirchlichen Kreisen in Berlin, Greiz, Halle, Jena, Leipzig, Saalfeld und Zeitz statt.

Die achtziger Jahre

Anfang der Achtziger änderte der Kreis sein Programm.¹⁴ Mehr und mehr wurden nun Ideen bzw. Projekte mit Verbündeten oder Sympathisanten aus dem katholischen Gemeindezentrum, dem Geraer-Theater, von der Puppenbühne Gera oder der Bühne am Park abgestimmt. Häufig wurde russische und sowjetische Literatur besprochen.

¹⁴ Diese Veränderungen wurden einerseits durch die unabhängigen Friedenskreise „Schwerter zu Pflugscharen“, aber auch durch die neue sowjetische „Glasnost“ Politik eingeleitet.

Das Spektrum im Arbeitskreis reichte von Dostojewskij über Tolstoi zu Aitmatow, Achmatowa, Jessenin, Jewtuschenko, Trendrjakow, Pasternak, Rasputin und Zwetajewa.

Auf der anderen Seite kamen bundesdeutsche Schriftsteller wie Bachmann, Böll, Fried, Frisch und Grass sowie die Autoren der klassischen Renegatenliteratur zu Wort (Biermann, Faust, Fuchs, Koestler, Orwell, Samjatin). Letzteres wurde möglich, weil Partnergemeinden in Blaubeuren, Hamburg, Herne und Luzern die Bücher kauften und Pfarrer bzw. einzelne Mitglieder mutig genug waren, diese Exemplare in die DDR zu schleusen. Parallel dazu unterstützten Mitglieder des Behinderten-Kreises den Arbeitskreis Literatur. Schwerstbehinderte Rollstuhlfahrer wie Peter Geige schmuggelten bei ihren Visiten im „Kleinen Grenzverkehr“ nach Hof oder nach West-Berlin ganze Bibliotheken subversiver in der DDR verbotener Werke. Systematisch wurden Bestelllisten abgearbeitet, die von den verschiedenen befreundeten kirchlichen Bibliotheken und Umweltbibliotheken erstellt worden waren.¹⁵ Aber auch klassische Weltliteratur, die in der DDR über eine lange Zeit nicht zum „literarischen Erbe“ gezählt und deshalb weitestgehend ausgeblendet worden war, fand

¹⁵ Siehe: Rüdtenklau, Wolfgang: Der Störenfried. DDR-Opposition zwischen 1986-1989. Berlin 1992.

über diese Quellen den Weg in die Gemeindebibliothek und somit in den Kreis (Benn, Freud, Fromm, Kafka).

Das Netzwerk mit jüdischen Gemeinden in Ost und West

Literarische Kompaktseminare im Gemeindezentrum mit Studenten aus der Bundesrepublik, aus Herne und Bochum, zählten zu den intensivsten Begegnungen des Arbeitskreises. Mehrfach arbeiteten ca. 30 junge Erwachsene aus Ost und West zehn Tage gemeinsam an den verschiedenen Romanen wie „Der König David Bericht“, „Schwarzenberg“ und „Collin“ von Stefan Heym u.a.m. Ähnliche Kompaktseminare fanden in losen Folgen mit Partnergemeinden aus Holland und der Schweiz statt.

Hierdurch lernten die Akteure der verschiedenen Arbeitskreise Mitglieder der sich reformierenden jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen kennen. Im Vorfeld dieser Begegnungen war es allerdings bereits seit Anfang der achtziger Jahre zu ständigen Kontakten zu einzelnen Mitgliedern der sich ebenfalls reformierenden jüdischen Gemeinde Ost Berlins gekommen. Verbotene Bücher und illegale Zeitschriften (Samisdat) wie GRENZFALL, ARIADNEFABRIK oder MIKADO wurden ausgetauscht oder über Kuriere von Ost Berlin in die Provinz nach Gera oder Jena gegeben. Zwei Studenten aus dem Umfeld der jüdischen Gemeinde Bochum-Herne waren es schließlich,

die den beiden Leitern der Friedenswerkstatt Gera Bücher über den Widerstand der Weißen Rose, des Kreisauer Kreises und der Männer des 20. Juli mitbrachten bzw. diese im „kleinen Grenzverkehr“ schmuggeln ließen. Obwohl Bücher über die Gruppe um Hans und Sophie Scholl vor Jahren in der DDR bereits verlegt worden waren, waren diese Anfang der achtziger Jahre für den Arbeitskreis nicht greifbar gewesen. Aus den fünf Flugblättern, die die Mitglieder der Weißen Rose in ihrer Zeit verfasst hatten, exzerpierten Mathias Fischer und Karsten Dümmel ein eigenes Flugblatt von nur einer Seite. Hier fanden sich alle zentralen Thesen der Weißen Rose wieder, die auch auf die konkrete Situation der DDR in den achtziger Jahren zutrafen. Im Kontext des NATO Doppelbeschlusses und der Hochrüstung mit atomaren Sprengköpfen bestückter Raketen in Ost und Westdeutschland wurde im Vorfeld der Friedensdekade 1984 mehr als 500 dieser Flugblätter mit jeweils 5-8 Durchschlägen vervielfältigt, d.h. mit mechanischen Schreibmaschinen abgeschrieben. Diese Flugblätter wurden während der Auftaktveranstaltung der Friedensdekade in Gera und Greiz von den Emporen mehrerer Kirchen in Thüringen geworfen. Ebenso unterstützten Lew und Lydia Druskin, die als Juden 1981 die UdSSR verlassen mussten, weil sie als kritische Schriftsteller und Freunde von Lew Kopelew dem sowjetischen Staat zu unbequem geworden waren, den

Arbeitskreis in Gera-Lusan. Lew und Lydia Druskin gehörten einem Kreis jüdisch russischer Exilanten in Tübingen an, als sie die Bekanntschaft mit Andreas Dümmel machten, der im selben Jahr, 1985, aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen und in den Westen nach Tübingen abgeschoben worden war, um, wie die Stasi plante, die Leipziger Szene der evangelischen Studentengemeinde „zu zersetzen und zu zerschlagen.“ Nach und nach lernten Lew und Lydia Druskin Roland Geipel, Mathias Fischer und Karsten Dümmel kennen. Zunächst per Post, dann telefonisch – später persönlich, durch Besuche in der DDR. Regelmäßig wurden Bücher und Zeitschriften aber auch Informationen von Anwälten aus der Bundesrepublik geschleust und weiter gegeben. 1987 gab der Leiter des Behindertenkreises, Peter Geige, im fränkischen Hof zwei DDR-Gesetzblätter an Mitglieder der jüdisch russischen Exilanten weiter, die am selben Tag in Hof tausendfach kopiert wurden. Die Originale mussten am Abend wieder in die DDR zurück gebracht werden, wo sie von einem Kirchenjustiziar entliehen worden waren. Die Kopien passierten einige Wochen später in Kofferräumen von Diplomatenfahrzeugen die innerdeutsche Grenze von West nach Ostberlin. Dabei handelte es sich bei den Dokumenten um Gesetzblätter, die den Wehrdienst ohne Waffe als Bausoldat der DDR klar definierten bzw. um das Gesetzblatt zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Durch die Verbreitung

der kopierten Gesetzblätter über einzelne, mutige Pfarrer und Gemeindemitglieder in den verschiedenen evangelischen Landeskirchen der DDR wurden das Staatsmonopol an Wissen entschieden geschwächt, mindestens aber unterlaufen. Jeder Suchende, ob Wehrdienstverweigerer oder Ausreiseantragsteller konnte sich jetzt vor den entsprechenden Behörden auf das jeweilige Gesetz - Paragraph für Paragraph und Absatz für Absatz - berufen. Ähnliches geschah später mit den Dokumenten der KSZE-Schlussakte von Helsinki und von Madrid sowie der UN-Menschenrechtscharta.

Musik, Theater und Bildende Kunst

Ausstellungen von Malern oder Fotografen, die nicht in Künstlerverbänden der DDR organisiert waren, fanden in den achtziger Jahren ebenso regelmäßig statt wie Auftritte verbotener Liedermacher, Kabarettisten oder Rock- bzw. Folkgruppen. Stephan Krawczyk, Peter Müller,¹⁶ Martin Morgner, die Gruppen „Eiswolf“, „Liedehrlich“ und „Lumpazi Vagabundus“ seien hier genannt.

Kerstin und Falko Wiesner brachten dabei – wie Jahre zuvor bereits Bettina Wegner und Dietrich Petzold – vergessene jüdische Lieder aus den Ghettos von Warschau und Krakau ihrem Publikum zu Gehör.

¹⁶ Müller war Schauspieler an der Puppenbühne Gera. Er hatte sehr gute Kontakte zu verschiedenen oppositionellen Personen und Gruppen in Gera und in Leipzig. 1984 wurde er von der Staatssicherheit Gera zum IM geworben, Deckname IM „Peter Winkler“.

Im Fokus der Staatssicherheit

Dass die Staatssicherheit der Arbeit im Gemeindezentrum und den damit verbundenen Netzwerken nicht tatenlos zusah, darf als selbstverständlich angenommen werden. Aus allen Arbeitskreisen wurden Mitglieder als Inoffizielle Mitarbeiter geworben bzw. in die Kreise eingeschleust. Auch Superintendenten, Theologen und Vikare ließen sich ebenso zur Mitarbeit für die Staatssicherheit pressen oder gewinnen¹⁷ wie Freunde und Mitstreiter aus den Arbeitskreisen selbst. Sämtliche Hauptakteure der Arbeitskreise – sowie das weitere Umfeld und naturgemäß der Freundeskreis – wurden von den Abteilung XX/4 oder XX/7 der Kreis- bzw. der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit „bearbeitet“ und „zersetzt“.¹⁸ Zwischen Gemeindezentrum, Theater, Puppenbühne, Bühne am Park und katholischem Pfarramt zog die Staatssicherheit ihr Netz zusammen. Die Sammel- und Einzelvorgänge: „Zentrale Operative Vorgang (ZOV) Bühne“ u.a. gegen Martin Morgner und Frank Karbstein, der „Operative Vorgang (OV) Kerze“ u.a. gegen Pfarrer Roland Geipel, Falco und Kerstin Wiesner, Frank Karbstein, Katrin Zimmer und Mathias Fischer, der „OV Künstlergemeinschaft“ u.a. gegen Wolfgang Häntsch, Martin Morgner, Arlette Siebert,

¹⁷ Siehe dazu: Die andere Geschichte. Kirche und Staatssicherheit in Thüringen. Hrsg. Von der Gedenkstätte Gerbergasse und der Geschichtswerkstatt Jena. Jena 1993.

¹⁸ Siehe dazu Dümmel, Karsten, Schmitz, Christian (Hrg.): Was war die Stasi? Sankt Augustin 2002. S. 21 ff.

Walter Stegmaier, Gerald Sauer und Lutz Flato, der „OV Maske“ u.a. gegen Wolfgang Häntsch, Walter Stegmaier und Lutz Flato, der „OV Entomologe“ gegen Michael Beleites, der „OV Bruder“ u.a. gegen Andreas Dümmel oder die Einzelvorgänge „Operative Personenkontrolle (OPK) Freiraum“ gegen Roland Geipel, „OPK Fotograf“ gegen Andreas Blei oder das „Operative Ausgangsmaterial (OAM) Putzer“ gegen Karsten Dümmel sind nur einige wenige Beispiele für die „systematische Feindbekämpfung“ gegen Mitglieder der verschiedenen Kreise.

Der aus Greiz stammende Lyriker Günter Ullmann, der im „OV Ring“ und in der „OPK Schreiberling“ von der Stasi bearbeitet wurde, skizziert das Lebensgefühl dieser Gruppen während der achtziger Jahre wie folgt:

*„nehmt uns nicht die Hoffnung
nehmt uns nicht die Hoffnung
diese Ungewissheit die
noch Halt gibt
legt uns nicht den
Horizont
um
den Hals“¹⁹*

¹⁹ Ullmann, Günter: erdlicht. Jena 1999. S. 8.

Filename: Publikation_opening pages.doc
Directory: \\Server\share\User05\KASDATA\2008\Haifa Uni\Publikation
Template: C:\Documents and Settings\palina\Application
Data\Microsoft\Templates\Normal.dot
Title: Viola Neu
Subject:
Author: NEU-VIOLA
Keywords:
Comments:
Creation Date: 17.05.2009 11:14:00
Change Number: 22
Last Saved On: 18.05.2009 14:14:00
Last Saved By: Palina Kedem
Last Printed On: 18.05.2009 14:15:00
As of Last Complete Printing
Number of Pages: 88
Number of Words: 13,499 (approx.)
Number of Characters: 82,618 (approx.)